

# Evangelische Verantwortung

## Sicherheit 21 – Was zur Bekämpfung des Terrorismus jetzt zu tun ist

Eckart von Klaeden

Durch die fürchterlichen Terroranschläge vom 11. September in New York, Washington und Pittsburgh hat die Sicherheitspolitik eine Bedeutung erlangt wie selten zuvor. Schlagartig wurde uns wieder bewusst, welche existentielle Bedeutung die Gewährleistung der äußeren und inneren Sicherheit für unser Land hat. Natürlich haben wir heute eine völlig andere sicherheitspolitische Lage als noch vor dem Fall der Mauer und des Eisernen Vorhangs. Die Bedrohungen für unsere Sicherheit und damit unsere Freiheit und für den Frieden sind aber nicht weniger gefährlich als noch vor 15 oder 20 Jahren.

### Die „Vertrauensfrage“

Die Einsicht in das Notwendige ist allerdings bei der derzeitigen Regierungskoalition aus SPD und Grünen nicht ausreichend vorhanden. Das ist der wesentliche Grund, warum Bundeskanzler Gerhard Schröder zu dem Instrument der sogenannten Vertrauensfrage greifen musste. Eigentlich ist die prinzipiell zulässige Verbindung der Vertrauensfrage mit einer Sachfrage für den Fall vorgesehen, dass der Bundeskanzler aufgrund bröckelnder eigener Mehrheit und der Ablehnung der Opposition für ein Vorhaben im Parlament droht, keine Mehrheit zu bekommen. Durch die Vertrauensfrage dominiert die Machtfrage die



„Sicherheit gibt es nicht zum Nulltarif.“

Sachfrage und auf diese Weise erzwingt der Regierungschef eine Mehrheit im Parlament.

Vor einer solchen Situation hat Gerhard Schröder bei der Zustimmung zum Einsatz der Bundeswehr im Kampf gegen den internationalen Terrorismus aber gerade nicht gestanden. Denn er hätte sich auf eine breite Mehrheit im Parlament verlassen können, allerdings nicht aus seinen eigenen Reihen. Mit der Vertrauensfrage hat Gerhard Schröder zum einen eine breite Unterstützung für dieses außerordentlich wichtige Vorhaben im Parlament geopfert, zum anderen hat

das Verhalten von Abgeordneten von SPD und Grünen gezeigt, dass in der Sache in der Koalition tatsächlich keine Mehrheit besteht. Denn 32 Abgeordnete der Regierungskoalition haben entweder gegen den Bundeswehreininsatz gestimmt oder in persönlichen Erklärungen deutlich gemacht, dass sie nur wegen der Vertrauensfrage einem Einsatz zustimmen, den sie inhaltlich ablehnen.

Das Vorgehen Gerhard Schröders mag aus machtpolitischen Gesichtspunkten konsequent gewesen sein; es hat aber vor allem dem **Ansehen Deutschlands** im Ausland, insbesondere in den USA, **schweren Schaden zugefügt**. Denn dort ist der Eindruck entstanden, der Bundeskanzler müsse sein politisches Schicksal mit dem Bundeswehreininsatz verbinden, weil es im Parlament an der breiten Unterstützung dafür fehle. Die besonderen Umstände der Vertrauensfrage sind in der schlaglichtartigen Berichterstattung zum Beispiel von CNN nicht zu vermitteln gewesen.

Gerhard Schröder wird neben dem **allgemeinen Autoritätsverlust**, der mit der Vertrauensfrage verbunden ist, aber auch einen weiteren Preis für sein Vorge-

## Themen:

Editorial	3
Militärseelsorge	5
Zukunft der Bundeswehr	6
Friedensethik	8
10 Jahre EAK Thüringen	10
Meditation	12

hen zahlen müssen: Die **Zugeständnisse**, die seine eigene Parteilinke und die Grünen beim Einsatz der Bundeswehr gemacht haben, fordern sie nun bei der **inneren Sicherheit** zurück. Noch immer herrscht dort die Ansicht vor, bei der inneren Sicherheit gehe es vor allem darum, die Bürgerinnen und Bürger vor einem allmächtigen Staat zu schützen, der seine Organe insbesondere zur Bespitzelung und Unterdrückung der Bevölkerung einsetze.

### Ohne Sicherheit keine Freiheit

Stattdessen ist es aber erste Aufgabe des Staates, die Sicherheit seiner Bürger zu gewährleisten, damit sie in Frieden und Freiheit leben können.

Wir wollen keinen allmächtigen Staat, der seine Bürger rund um die Uhr überwacht, aber einen starken Staat. Einen Staat, der seine Bürger und sich selber zu schützen weiß. Und deswegen müssen wir nicht nur mehr in Sicherheit investieren – bei der Bundeswehr, dem Bundesgrenzschutz, beim Verfassungsschutz, den Nachrichtendiensten, den Polizeien des Bundes und der Länder und im Bereich des Zivilschutzes. Wir müssen auch das Recht stetig den jeweiligen Notwendigkeiten der **Kriminalitätsbekämpfung** anpassen, um die Bürger noch wirksamer vor Verbrechen schützen zu können. Manche wollen es immer noch nicht begreifen: Freiheit und Sicherheit sind keine Gegensätze. Es sind zwei Seiten ein- und derselben Medaille. Mehr noch: Ohne ausreichende Sicherheit gibt es keine wirkliche Freiheit. Denn: Weniger Sicherheit bedeutet doch nicht mehr Freiheit, sondern mehr Schutzlosigkeit gegen Verbrechen aller Art, und genau das darf nicht sein. Wachsamkeit ist der Preis der Freiheit.

CDU und CSU haben in den letzten Jahren und Jahrzehnten bei jeder sich bietenden Gelegenheit darauf hingewiesen, dass wir im Innern und nach Außen wachsam bleiben müssen, dass es **Sicherheit nicht zum Nulltarif gibt** und dass Versäumnisse auf diesen Gebieten unverantwortlich sind. Jetzt auf einmal – leider erst nach den fürchterlichen Attentaten in den USA – entdeckt auch die Bundesregierung die Bedeutung des Themas „Sicherheit“. Plötzlich werden sogar von Mitgliedern der Bundesregierung Reden

gehalten, die zwar in vielen Punkten richtig sind, aber besser schon vor dem 11. September gehalten worden wären. Und noch besser wäre es, wenn jetzt den starken Worten der letzten Wochen auch starke Taten folgen würden. Aber: Kaum sind die ersten konkreten Maßnahmen für mehr Sicherheit beschlossen worden, melden sich sofort Bedenkenträger, die schon wieder den Rechtsstaat in Gefahr sehen. Bereits in der Vergangenheit haben sich ihre düsteren Prophezeiungen kein einziges Mal bewahrheitet. Nicht entschlossene Kriminalitätsbekämpfung bringt den Rechtsstaat in Gefahr, sondern Unaufmerksamkeit und mangelnde Entschlossenheit beim Kampf gegen Kriminalität und Extremismus jeder Art. Wir werden nun Zeugen der koalitionsinternen Auseinandersetzungen über die notwendigen – und teilweise schon seit Jahren überfälligen – Maßnahmen für mehr Sicherheit. Diese innere Unsicherheit der Koalition über das, was jetzt zu tun ist, darf aber nicht die Innere Sicherheit unseres Landes gefährden.

Unverantwortlich ist, wenn Teile der Grünen eine fast vergessen geglaubte Tradition wieder aufleben lassen und auch dieser Tage die Abschaffung des Verfassungsschutzes fordern. Man stelle sich nur vor, es wäre, wie die Bundestagsfraktion der Grünen dies im April 1996 in einem parlamentarischen Antrag gefordert hat, zu einer dauerhaften Auflösung des Bundesnachrichtendienstes bis zum Jahresende 1998 gekommen. Fraktionsvorsitzende waren damals Joseph Fischer und Kerstin Müller. Auch dem heutigen Außenminister Fischer stünden geheimdienstlich gewonnene Erkenntnisse zur Einschätzung der Bedrohung durch islamistische Gewalttäter nicht zur Verfügung.

### Initiativen der CDU/CSU

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat bereits vor dem 11. September einen **Gesetzentwurf zur Verbesserung der Bekämpfung von Straftaten der Organisierten Kriminalität und des Terrorismus** vorgelegt. Er ist heute dringender denn je. Aber: Es gibt kein Patentrezept für einen allumfassenden Schutz vor Anschlügen oder anderen Formen der Kriminalität. Wir werden vielmehr ein ganzes Bündel von Maßnahmen ergreifen müs-

sen. Wichtig ist auch, dass endlich Schluss damit gemacht wird, diejenigen zu diffamieren, die mehr für den Schutz der Äußeren und Inneren Sicherheit tun wollen. Insbesondere dürfen wir keine Erosion des Rechtsbewusstseins zulassen, die dazu führt, dass die Bürger den Glauben an eine wirksame Verbrechensbekämpfung durch den Staat verlieren. Niemand von uns will einen Staat, der Unbescholtene beschnüffelt. Aber der Staat darf sich auch nicht künstlich dumm stellen. Er muss zur Verhinderung und Aufklärung von Straftaten alle Erkenntnisquellen nutzen und die zuständigen Stellen informieren, damit Gefahren erkannt und abgewehrt werden können.

### Was im „Otto-Katalog“ fehlt

Dabei ist es bedauerlich, dass die von der Bundesregierung vorgeschlagenen Veränderungen trotz einiger Verbesserungen den notwendigen Anforderungen nicht standhalten. So ist sicherlich begrüßenswert, das Bundesamt für Verfassungsschutz, den Bundesnachrichtendienst und den Militärischen Abschirmdienst in der Terrorismusbekämpfung mit **erweiterten Auskunfts- und Informationsaustauschrechten** auszustatten. Auch die **Ausdehnung der Sicherheitsüberprüfung** auf zivile lebenswichtige Einrichtungen wie große Energieversorgungseinrichtungen im Rahmen des sogenannten vorbeugenden personellen Sabotageschutzes findet die Unterstützung von CDU und CSU. Das gleiche gilt für den **Einsatz bewaffneter Flugbegleiter** des BGS (sogenannte Sky-Marshalls) zur Gewährleistung der Sicherheit an Bord deutscher Flugzeuge.

Unbefriedigend bleibt jedoch, dass insbesondere bei der **Bekämpfung ausländischer Extremisten** die Vorschläge der Bundesregierung lückenhaft und hinter den Ankündigungen des Bundesinnenministers zurückbleiben. So ist es zwar richtig, eine Regelausweisung von Ausländern mit Sofortvollzug bei Gefährdung der inneren Sicherheit und bei Unterstützung terroristischer Vereinigungen vorzusehen. Es soll jedoch nicht, wie vom Bundesinnenminister angekündigt, bei ausländischen Extremisten und Terroristen zu einer strikten Mussbestimmung kommen, sondern nur ein Regelatbestand geschaffen werden. *Fortsetzung Seite 4*

## Liebe Leserin, lieber Leser,

die Adventszeit hat begonnen! Wir bereiten uns auf das Weihnachtsfest vor, das ja auch das Fest des Friedens genannt wird. Frieden erbitten wir immer wieder für uns und unsere Welt.

In den letzten Wochen sind wir durch die gewalttätigen Terroranschläge sehr bewegt worden. Nach dem die USA ein multilaterales Bündnis mit vielen Staaten zur **Bekämpfung des Terrorismus** eingegangen ist, ist es auch zu einem Kampf gegen den Terrorismus gekommen. Dieser Kampf wurde und wird auch mit militärischen Mitteln geführt. Deutschland hat wie auch andere Staaten den USA seine **Solidarität** zugesagt. Diese Solidarität wurde während der ersten Wochen des Bombardements durch die US-Streitkräfte zusehends labil. Als Hauptargument wurde angeführt, dass die militärische Vorgehensweise der USA nicht erfolgreich sei.

Je länger die militärischen Handlungen scheinbar folgenlos andauerten, desto nervöser wurden viele derer, die sich vorher auch für die **Berechtigung militärischer Einsätze** aussprachen. Dies gilt für die Äußerungen führender Politiker der Koalition wie für so manches Wort hochrangiger Kirchenvertreter.

Wie problematisch Aussagen sind, die sich nicht grundsätzlich von vornherein hinter einem generellen „Nein“ verstecken, hat sich in den letzten Wochen erwiesen. Obwohl wochenlang scheinbar kein militärischer Erfolg zu erkennen war, brach das Talibanregime binnen kürzester Zeit ein!

Was waren auf einmal für Bilder zu sehen? Frauen durften wieder ihr Gesicht zeigen, Männer legten ihre Bärte ab, Musik klang durch die Straßen. Die Menschen tanzten und waren fröhlich. Viele Jahre lang war all dies verboten von einem Menschen verachtenden System. Es gab keine freien Informationen.

Sicherlich, es wird noch ein schwieriger Prozess sein, bis eine politische Lösung

gefunden wird und vielleicht gibt es auch wieder Rückschläge. Aber ist es wirklich ethisch verwerflich gewesen militärisch einzugreifen und den Unterdrückern die Stirn zu bieten?

Ich glaube, dass die westliche Welt richtig reagiert hat. Sie hat sich zuerst politisch zusammengeschlossen und schließlich mit Verbündeten im Land auf militärische Weise ein **Unrechtsregime gekippt**.

Dass wir uns nicht missverstehen! Ich finde es nötig und richtig, dass die Kirchen immer wieder darauf verweisen, dass Krieg nur die „ultima ratio“ sein kann. Sie müssen dies tun! Und ich hoffe, dass sie dies auch in Zukunft überzeugend tun werden! Aber es wäre für die Politik auch einmal eine hilfreiche Handreichung, wenn klipp und klar gesagt würde: „der Zeitpunkt für diese 'ultima ratio' ist jetzt da. Vor einer solchen Aussage schrecken aber viele kirchliche Vertreter zurück, weil sie für eine solche Aussage auch einstehen müssten. Meines Erachtens aber war dieser Zeitpunkt da – und – er war schon überfällig!

Wie viele Anleitungen zum Bombenbau, zu Anschlägen, zu Angriffen mit biologischen und chemischen Waffen wurden in Lagern der Taliban gefunden! Die Taliban hatten nicht nur in der Vergangenheit gezeigt, zu was für Gräueltaten sie bereit sind, nein, sie hatten sie auch für die Zukunft geplant. Hätten wir hier nicht Unterlassungssünden begangen, die tausenden von Menschen das Leben hätten kosten können, wenn nicht eingegriffen worden wäre? Hier musste dem Rad des Verderbens in die Speichen gefasst werden. Dies ist offensichtlich!

Genauso wichtig ist es aber jetzt, dass für **Afghanistan politisch stabile Verhältnisse** geschaffen werden. Manchmal ist es wichtig, Geduld und Vertrauen zu haben – ein Vertrauen in die Demokratie unserer Länder und die sie führenden Verantwortlichen!



Vielleicht werden wir aufgrund des Engagements der westlichen Welt in Afghanistan

noch vor Weihnachten eine Friedensnachricht aus dieser Region hören. Was für uns aber eine Nachricht ist, bedeutet für die Menschen vor Ort einen existentiellen Neubeginn. Diesen hätte es ohne die USA und ohne die Nordallianz zumindest schon jetzt nicht gegeben.

Als Evangelischer Arbeitskreis werden wir das Geschehen weiterhin aktiv begleiten. Und wir werden uns auch immer wieder mit Vertreterinnen und Vertretern der Evangelischen Kirche über Aussagen zu Krieg und Frieden unterhalten. Unsere Gesellschaft braucht auch diesen differenzierten Dialog. Einen Dialog, der nicht stehen bleibt bei absoluten Sätzen wie: „Ich bin gegen Krieg!“ Wer sollte da auch widersprechen? Aber das Leben und die Weltzusammenhänge sind in gewissen weltgeschichtlichen Situationen komplizierter. Als Christen in Deutschland, die geschichtsbewusst ihr Leben führen, sollten wir dies bedenken.

Ich hoffe, dass wir uns als Evangelischer Arbeitskreis weiterhin kompetent zu diesen und anderen Fragen äußern. Im nächsten Jahr feiern wir unser 50-jähriges Jubiläum! Ich hoffe, dass Sie alle dabei sind. Auf der Seite 15 dieser Ausgabe finden Sie den genauen Ablaufplan des Festaktes in Siegen. Vorher aber feiern wir die Geburt Christi! Ihnen und Ihren Familien wünsche ich ein gesegnetes und frohes Weihnachtsfest.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Jochen Borchert, MdB  
Bundesvorsitzender des EAK

## Gerhard Stoltenberg zum Gedenken

Viele Jahre hindurch gehörte der am 24. November 2001 heimgerufene Gerhard Stoltenberg zu den prägenden Persönlichkeiten des Evangelischen Arbeitskreises. In den Bundestagungen des EAK der sechziger und siebziger Jahre war er einer der geachteten und geschätzten Redner. Als ihn Ludwig Erhard 1965 als Minister für Wissenschaft und Forschung nach Bonn geholt hatte, war schon bei der Bochumer Bundestagung 1966 sein Beitrag zur bildungspolitischen Thematik begehrt, und er rückte dann bald auch als einer der stellvertretenden Bundesvorsitzenden in die Führungsriege des EAK auf.

Der 1928 in Kiel geborene Pastorensohn hatte ein ausgeprägtes Sensorium für die Berührungsfelder von Politik und Glauben, und das verlieh ihm ein hohes Maß an Verantwortungsbewußtsein. Als die Pforzheimer Bundestagung 1972 über „Fortschritt – Wagnis aus Verantwortung“ diskutierte, lotete Gerhard Stoltenberg – seit 1971 Ministerpräsident in Schleswig-Holstein – als Hauptredner „Chance und Gefährdung des Menschen“ aus und warnte aus dem Verständnis des christlichen Menschenbildes heraus vor einer „mechanistischen Fortschrittsideologie“. Der habilitierte Neuhistoriker war kein schillernder Rhetoriker, wohl aber ein Freund der klaren Worte, und darum war er als Politiker überzeugend und glaubwürdig. Bei der Bundestagung 1978 in Kassel unter dem Leitwort „Wir Protestanten – Positionen heute“ griff Gerhard Stoltenberg brennende aktuelle



Zeitfragen auf: die Stellung der Kirche zur terroristischen Gewalt gegen Staat und Gesellschaft, zu den Fragen des Umweltschutzes und des wirtschaftlichen Wachstums. Seine Rede schloß er mit den Worten: „Die jüngste innere Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland gibt an sich in dramatischer Weise Anlaß zu einer prinzipiellen Neubesinnung. Wir sollten dabei nicht nur auf das Prinzip Hoffnung setzen, sondern mit aller Kraft für eine geistige und politische Erneuerung in unserem Lande arbeiten, für eine Zukunft in Frieden und Freiheit.“ Das hat Gerhard Stoltenberg selbst in allen seinen politischen Positionen getan, nach 1982 als erfolgreicher Finanzminister, 1989–1992 Verteidigungsminister, schließlich bis 1998 als Abgeordneter des Deutschen Bundestages.

Gottfried Mehnert

Es ist zu begrüßen, dass das **Abschiebeverbot für politisch Verfolgte** gelockert werden soll, wenn aus „schwerwiegenden Gründen die Annahme gerechtfertigt ist“, dass ein Asylbewerber Verbrechen gegen den Frieden, die Menschlichkeit oder Kriegsverbrechen begangen hat.

Es fehlen jedoch eine Reihe von Vorschriften, die die **Beobachtung extremistischer Aktivitäten in Deutschland** erleichtern oder die Einreise von Extremisten nach Deutschland weiter erschweren würden. So ist der vom Bundesinnenminister angekündigte besondere Versagungsgrund für Visa- und Aufenthaltsgenehmigungen bei Terrorismus- und Extremismusverdacht („wenn tatsächlich Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen ...“) entfallen. Nach dem Regierungsentwurf kann nun erst beim Nachweis derartiger Aktivitäten gehan-

delt werden. Es ist jedoch geradezu paradox, von einem deutschen Konsulat oder einer Botschaft in einem muslimischen Land einen solchen Nachweis zu verlangen, der über tatsächliche Anhaltspunkte hinausgeht. Eine solche Beweislast zu Lasten der Bundesrepublik Deutschland kann nicht im Interesse der inneren Sicherheit unseres Landes liegen.

Auch das Vorhaben, im Ausländerzentralregister nur die Erfassung freiwilliger Angaben über die Religionszugehörigkeit vorzusehen, aber auf die Erfassung der Volkszugehörigkeit und der Voraufenthalte in Problemstaaten zu verzichten, ist nicht dienlich für die schnelle Beurteilung von Sicherheitsrisiken. Denn es leuchtet unmittelbar ein, dass die Einreise über Afghanistan, den Sudan oder Libyen ggf. zu anderen Folgerungen Anlass gibt als eine Einreise über Kanada oder Norwegen.

Eine Reihe von wichtigen Forderungen der Union haben überhaupt keine Berücksichtigung in dem zweiten sogenannten Antiterrorpaket, dem „Otto-Katalog“ von Bundesinnenminister Otto Schily, gefunden. Dazu gehören neben einer bundesgesetzlich vorgeschriebenen **Regelanfrage bei Verfassungsschutz**, Bundesnachrichtendienst bei Aufenthaltstiteln und Einbürgerungen von Personen aus Problemstaaten, die **Wiedereinführung der Kronzeugenregelung** bei terroristischen Straftaten und verlässliche Rechtsgrundlagen für den Einsatz verdeckter Ermittler.

Besonders bedauerlich ist aber, dass die Bundesregierung und die sie tragende Mehrheit auf die Schaffung klarer Rechtsgrundlagen zu dem Einsatz der Bundeswehr im Rahmen ihrer spezifischen Fähigkeiten im Innern bei besonderen Gefährdungslagen verzichten will. Damit bleibt es dabei, dass in Deutschland ein dem Anschlag auf das World-Trade-Center ähnlicher Fall selbst bei Kenntnis der Sicherheitsbehörden nicht zu verhindern wäre. Denn bei einem Angriff mit einem zivilen Flugobjekt auf ein ziviles Ziel ist es der Bundeswehr nicht gestattet einzugreifen. Die Landespolizeien oder Bundesgrenzschutz verfügen aber nicht über entsprechende technische Voraussetzungen.

### Terrorbekämpfung als völkerrechtliche Verpflichtung

Die wirksame Bekämpfung des internationalen Terrorismus im Innern ist nicht nur ein Gebot der Vernunft und der Daseinsvorsorge für unsere Bevölkerung, sondern auch eine völkerrechtliche Verpflichtung, die sich aus den Resolutionen des UN-Sicherheitsrates 1269 aus dem Jahre 1999 und 1371 aus dem Jahre 2001 ergibt. Dem Willen nach einer Stärkung der Vereinten Nationen und einer sogenannten Weltinnenpolitik gilt es, auch dann Rechnung zu tragen, wenn die Konsequenzen nicht in das eigene ideologische Denkmuster passen. Die Union jedenfalls wird die Bundesregierung nicht an den Worten des Bundesinnenministers, sondern an ihren Taten messen. ■

Anm.:

Eckart von Klaeden, MdB,  
ist parlamentarischer Geschäftsführer  
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

## Die Militärseelsorge begleitet die Soldaten im Auslandseinsatz

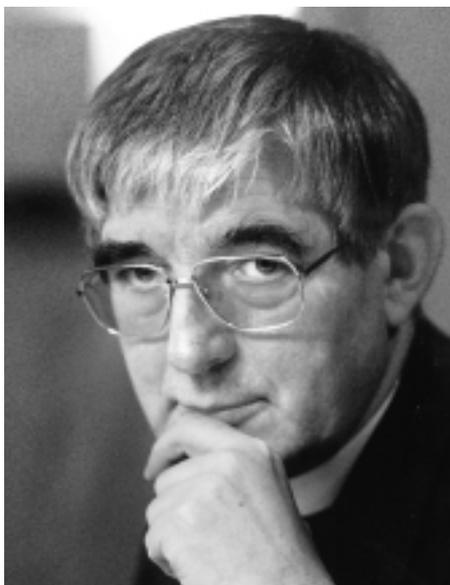
Dr. Hartmut Löwe

Die Militärseelsorge sucht sich ihre Aufgaben ebenso wenig aus wie die Bundeswehr. Schicken Regierung und Parlament deutsche Soldaten nach Somalia oder Bosnien, ins Kosovo oder nach Mazedonien, können ihre Seelsorger nicht in Deutschland bleiben. Ihr Platz ist dort, wo die Soldaten sind.

Der Ortswechsel erfolgt unabhängig von dem Urteil, ob der Einsatz der Bundeswehr Erfolg verspricht oder, wie in Somalia, mit einer Enttäuschung endet. Die Evangelische Kirche in Deutschland und ihre Gliedkirchen beteiligen sich an der Debatte über die Rechtmäßigkeit von Auslandseinsätzen. Der Militärseelsorge sind entsprechende Überlegungen nicht fremd. Aber sie kann die Bereitschaft zur Seelsorge nicht von ihnen abhängig machen. Die Soldaten müssen sich darauf verlassen können, nicht allein gelassen zu werden.

Zurzeit begleiten neun bis zehn Pfarrer, zur Hälfte katholisch und evangelisch, die Soldaten. Sie betreuen große Lager, wie Rajlovac bei Sarajewo oder Prizren im Süden des Kosovo, kümmern sich aber auch um Soldaten, die in kleiner Zahl etwa einen Pass bewachen oder zum Entwaffnen von Freischärlern nach Mazedonien befohlen sind. Das eine Mal entsteht **kirchliches Gemeindeleben wie in einem Dorf**. Da kann es geschehen, dass Soldaten nicht zufrieden sind damit, ihre Gottesdienste in einer Betreuungseinrichtung, die gleichzeitig Restaurant ist, zu halten. Sie bauen aus eigenem Antrieb eine Kirche, weil sie einen Ort wünschen, in den sie sich zurückziehen können, um zur Ruhe zu kommen, allein zu sein, ohne Ablenkung die Gedanken kommen und gehen zu lassen, an Frauen und Freundinnen, die Kinder zu denken, vielleicht auch zu beten.

Denn das ist erstaunlich. Die angebotenen Gottesdienste sind gut besucht. Natürlich,



„Die Auslandseinsätze der Bundeswehr haben der Militärseelsorge zu einem beträchtlichen Bedeutungszuwachs verholfen.“

es gibt wenig Abwechslung. Da ist ein **Sonntags- oder Wochengottesdienst ein Ereignis**. Gezwungen wird keiner zu kommen. Aber es fällt auf, wie häufig sich ein Chor zusammenfindet oder eine Gruppe, die musiziert. Wo nicht viel von anderen und von außen geboten werden kann, muss man selber aktiv werden.

### Abwechslung im Alltag

Bei meinem Besuch fragte ich, warum man einen Pfarrer brauche. Zu Hause sei er doch auch nicht jede Woche nötig. Die Antwort war verblüffend: „Ohne die Kirche (der Pfarrer ist die Abkürzung von Kirche, ihre Repräsentanz) wäre hier jeder Tag Mittwoch“. Das heißt: Das Leben im Einsatz ist ohne viel Abwechslung. An jedem Tag derselbe Dienst. Kein Tag unterscheidet sich vom anderen. Dieselben Menschen, die gleichen Vorgänge, eine unablässige Wiederkehr. Läuten die Glocken am Sonntagmorgen – Soldaten suchen schnell nach einer Glocke und bauen einen Glockenstuhl – ist das ein Signal: eine Woche ist um, eine neue be-

ginnt. Die Zeit wird gegliedert, bekommt Struktur. Es gibt noch etwas anderes als das nervende Einerlei.

Die Soldaten hatten eine Urfunktion von Religion entdeckt: die Zeit zu gliedern, eine Struktur zu schaffen, durch die das Alltägliche und das Besondere in ein Verhältnis kommen zueinander, also Abwechslung ins Einerlei zu bringen, eine Ahnung zu vermitteln davon, dass es noch etwas anderes gibt als den öden täglichen Betrieb.

### Zuspruch und Lebenshilfe

Natürlich ist nicht nur der Gottesdienst wichtig. Die Trennung von der Frau, der Freundin, den Kindern, ist auch für starke Naturen nicht leicht zu verkraften. Vor allem bringen solche Trennungen an den Tag, wie belastbar die Beziehungen sind. Mancher, manche trösten sich bald mit einem, mit einer anderen. Für den, der übrig bleibt, bricht eine Welt zusammen. „Was sagst du dazu, Pfarrer?“ Der Abstand zum üblichen Leben führt manchmal auch zu einer intensiven Auseinandersetzung mit früheren Lebensphasen. Da werden Gesprächspartner gesucht, die zuhören können und manche Ungereimtheiten aufklären.

Nicht erst ein Terroranschlag, wie der vom 11. September, weckt **Fragen nach anderen Religionen**, zum Beispiel dem Islam. In Bosnien oder im Kosovo wollen viele etwas genauer wissen, wie eigentlich ein orthodoxer Serbe seinen Glauben lebt, was ein Muslim denkt, warum zwischen Kroaten und Bosniaken und Serben kein Frieden möglich ist. Der Pfarrer bietet Gesprächsgruppen an oder Wochenendseminare. Die sind natürlich auch eine Möglichkeit, endlich einmal zum Dienst Abstand zu bekommen, die Uniform gegen zivile Kleidung zu vertauschen, etwas von den kulturellen Schätzen des fremden Landes zu sehen.

### Pfarrer als Seismograph der Truppe

Für den Kommandeur und den Stab ist der Pfarrer ein Seismograph: er hört, wo sich Beben vorbereiten; bei ihm wird offen geredet, weil er nicht zu den militärischen Strukturen gehört (das ist nur bei den Deutschen so); er hat aber gleichzeitig das Ohr der Führung.



Vor dem Stacheldraht gewinnt die Botschaft vom Frieden neue Aktualität. Militärdekan Arnulf Linden beim Feldgottesdienst für Soldaten der internationalen Sfor-Truppen in Filipovići, Bosnien-Herzegowina.

Traurige Vorkommnisse bleiben nicht aus: Ein Soldat verunglückt. Ein anderer nimmt sich aus Verzweiflung darüber, dass ihn seine Freundin verlassen hat, das Leben. Eine solche Situation will von der Gemeinschaft und dem Einzelnen verkraftet werden. Sie braucht eine offizielle Zeremonie, muss in Worte gefasst werden. Dafür, meinen alle, ist der Pfarrer zuständig. Er begleitet auch den toten Soldaten in die Heimat, sorgt dafür, dass er würdig übergeben wird.

Die Auslandseinsätze der Bundeswehr haben der Militärseelsorge zu einem beträchtlichen Bedeutungszuwachs verholfen. Die Soldaten sind immer freundlich mit ihren Pfarrern umgegangen und haben es an Anerkennung nicht fehlen lassen. Jetzt aber sagen auch die Konfessionslosen, dass sie die Kirche im Einsatz nicht missen wollen. Über 95 % haben nach einer im Einsatzland vorgenommenen wissenschaftlichen Untersuchung die Anwesenheit von Pfarrern verlangt. Dass das kein Flunkern ist, zeigt sich auch an den nicht wenigen Soldaten, die einen intensiven Kontakt zur Kirche suchen, ja sogar sich taufen lassen. ■

**Anm.:**

Dr. Hartmut Loewe ist der Evangelische Militärbischof.

## Die Bundeswehr vor neuen Herausforderungen

Paul Breuer

Der brutale Terrorangriff gegen die USA vom 11. September war ein Angriff auf die gesamte freie, demokratische und zivilisierte Welt. Die neue Dimension des menschenverachtenden Terrors verlangt nun eine entschlossene Bekämpfung durch eine breite Allianz der friedliebenden Staaten. Wir dürfen nicht warten, bis die Angriffe Leib und Leben weiterer Bürger treffen oder bis sich Täter und Unterstützer bequem, uns zufällig über den Weg zu laufen. Wir müssen gemeinsam mit unseren Partnern fähig sein, die neuen Formen der Bedrohung notfalls am Ursprungsort zu bekämpfen. Bei diesen Überlegungen spielt die Bundeswehr eine wichtige Rolle.

Die NATO hat erstmals in ihrer Geschichte den Bündnisfall ausgelöst, doch ist die Bundeswehr derzeit nicht in vollem Umfang einsatz- und bündnisfähig. Scharpings so genannte „Reform der Bundeswehr von Grund auf“ ist gescheitert. Der Bundesverteidigungsminister hat es nicht vermocht, sie überzeugend zu vermitteln und die notwendigen Finanzmittel vom Bundesfinanzminister zu erhalten. Die Reform gehört deshalb und wegen der neuen Bedrohungen dringend auf den Prüfstand. Das bedeutet keineswegs, dass die ganze Reform angehalten werden soll, denn ein Umsteuern mitten im Prozess würde die Bundeswehr vor immense Schwierigkeiten stellen. Aber noch nicht umgesetzte Reformschritte sollten mit dem Ziel, die Bundeswehr wieder bündnis- und einsatzfähig zu machen, überdacht werden.

### Höhere Priorität für die Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Derzeit bringt Deutschland von allen 19 NATO-Mitgliedstaaten einen der geringsten Anteile für Verteidigungsausgaben ein. Dies ist dem wirtschaftsstärksten und bevölkerungsreichsten Land in Europa



„Sicherheit ist nicht zum Nulltarif zu haben. Wir rufen alle gesellschaftlichen und politischen Kräfte auf, unsere Bundeswehr zu stärken.“

völlig unangemessen. Wir stehen am Scheideweg! Die Bereitschaft, einen angemessenen Teil des erwirtschafteten Bruttosozialprodukts für äußere Sicherheit aufzuwenden, wird einer der wesentlichen Gradmesser für das künftige politische Gewicht Deutschlands in der westlichen Wertegemeinschaft sein. Die Sicherheits- und Verteidigungspolitik muss eine neue, höhere Priorität erhalten. Nur dann kann die Bundeswehr die militärischen Fähigkeiten erhalten, die Deutschland in die Lage versetzen, eine angemessene Verantwortung zu übernehmen.

Die CDU/CSU-geführte Bundesregierung hatte nach Ende des Ost-West-Konflikts die Zeichen der Veränderung erkannt. Trotz des kollektiven Empfindens, in Europa sei nun der ewige Friede ausgebrochen, wurde die Umgestaltung der Bundeswehr zur Einsatzarmee mit mobilen, rasch verfügbaren und technisch gut ausgestatteten Krisenreaktionskräften für Einsätze außerhalb Deutschlands vorangetrieben. Trotz er-

heblichen Widerstandes der damaligen rot-grünen Opposition gelang es der CDU/CSU-geführten Bundesregierung in den 90er Jahren, mit dem deutschen **Balkanengagement** den Weg in die sicherheitspolitische Normalität zu beschreiten. Der damit verbundene, psychologische Gewöhnungsprozess für die deutsche Bevölkerung war schwierig. Derzeit sind ca. 9.000 deutsche Soldaten in Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und im Kosovo im Friedenseinsatz und die Bundeswehr hat sich hier einen international geachteten Ruf erworben.

### Begrenzt einsatzfähige Bundeswehr

Die rot-grüne Bundesregierung hat diesen Weg trotz großspuriger Versprechungen nicht fortgesetzt. Sie hat stattdessen die Bundeswehr massiv verkleinert und dafür gesorgt, dass sie durch **Standortschließungen** im großen Stil in der Fläche kaum noch präsent ist. Darüber hinaus hat sie an der Bundeswehr den **Rotstift** angesetzt und ihr im Vergleich zur CDU/CSU-geführten Vorgängerregierung ca. **20 Mrd. DM entzogen**. Dabei hat sie den Grundsatz perfektioniert: mehr Aufgaben für die Bundeswehr bei weniger Geld! Doch jetzt steht der Kollaps der Bundeswehr unmittelbar bevor! Scharping fährt die Bundeswehr vor die Wand, weil ihm das Geld nicht gegeben wird. Von der verkündeten Modernisierung kann keine Rede sein. Schon im „Alltagsbetrieb“ und zur Finanzierung unabweisbarer Investitionen fehlen der Bundeswehr jährlich zwischen 2,5–3 Mrd. DM. Als Folge dieser falschen Politik und mangelnden Zuwendung der rot-grünen Koalition ist die Bundeswehr zu einer nur begrenzt einsatzfähigen Armee degeneriert.

Der massive Eingriff der Bundesregierung in das finanzielle Fundament der Bundeswehr hat **Vertrauen bei Soldaten und zivilen Mitarbeitern zerstört** und die notwendige Modernisierung der Streitkräfte erheblich erschwert. Eine zuverlässige Finanzplanung ist deshalb auch zur Planungssicherheit für Soldaten und Zivilbedienstete das Gebot der Stunde. Nur so kann der Bundeswehr eine Perspektive eröffnet werden, die zu einer verbesserten Bewerberlage führen wird. Fehlende Planungssicherheit und schwammige Perspektiven sind vor allem für junge

Menschen die Hauptgründe, sich derzeit gegen einen längeren Dienst bei der Bundeswehr zu entscheiden

### Notwendigkeit einer erhöhten Finanzausstattung

Die jungen Menschen spüren aber auch die Distanz, die Bundeskanzler Schröder oder Außenminister Fischer zu den Streitkräften haben. Sie sprechen zwar über weltweite Verantwortung und büden der Bundeswehr immer neue Aufgaben auf, doch denken sie nicht im Traum daran, dafür notwendige Finanzmittel bereitzustellen. Sie setzen darauf, dass Verantwortungsgefühl und Improvisationsvermögen der Soldaten ausreichen, um die gesetzten Ziele dennoch zu erreichen. Doch die Leidfähigkeit der Soldaten sollte man nicht überstrapazieren. Wer über Jahre hinweg mangelnde Zuwendung erfährt, läuft Gefahr, auszuzehren und seine Motivation einzubüßen. Die CDU/CSU fordert deshalb eine dauerhaft verlässliche Erhöhung der Finanzausstattung für die Bundeswehr. Eine einmalige Aufstockung des Haushalts kann jedenfalls kein Beitrag zur Bewältigung dieser dauerhaften Aufgabe sein!

Die Finanzplanung für die Bundeswehr muss wieder auf eine solide, langfristige verlässliche Grundlage gestellt werden. Die Bundeswehrreform braucht jetzt dringend eine **Anschubfinanzierung für ein Investitionsprogramm** sowie ein finanzierbares Ausrüstungs- und Materialkonzept, das der Rüstungsplanung und der wehrtechnischen Industrie Planungssicherheit gibt. Wir brauchen jetzt keine Reform der Reform, sondern ihre rasche Verwirklichung. Nur so bleiben die Streitkräfte attraktiv und fit für die vor uns liegenden Herausforderungen.

### Wiederherstellung der Bündnisfähigkeit

Die Bundeswehr muss wieder zum voll einsatzfähigen Instrument der Außen- und Sicherheitspolitik werden. Deutschland muss wieder Bündnisfähigkeit herstellen und in der Lage sein, eingegangene Verpflichtungen gegenüber NATO, EU und UNO erfüllen zu können. Die Bundeswehr braucht dazu mindestens 300.000 Soldaten, darunter ca. 100.000 Wehrpflichtige sein sollten, um Wehrerechtigkeit sicherzustellen.

Die **Wehrpflicht** als bewährtes Band zwischen Armee und Gesellschaft muss beibehalten und attraktiv weiterentwickelt werden. Sie ist angesichts neuer Bedrohungen mehr denn je wichtig für einen raschen Personalaufwuchs im Krisenfall. Sie sichert der Bundeswehr einen guten Nachwuchs. **Die Wehrpflichtarmee ist nicht weniger professionell als Berufsarmeen.** Wer Wehrpflichtige als „Deppen der Nation“ hinstellt und Verweigerer als intelligent, tut nicht nur diesen jungen Menschen unrecht, sondern setzt auch die Axt an die Pfeiler unserer freien, verteidigungsfähigen und verteidigungsbe-reiten Gesellschaft.

Das von der Bundesregierung beschlossene **Sonderpaket** in Höhe von 3 Mrd. DM zur **Terrorbekämpfung** kann die drastische Unterfinanzierung der Bundeswehr nicht lösen, zumal davon nur die Hälfte für die Bundeswehr vorgesehen ist. Es kann nur ein erster Schritt sein, um die Sicherheitsorgane in unserem Lande wieder voll einsatzbereit zu machen. Wer es dabei belässt, handelt halbherzig und unverantwortlich! Die zusätzlichen Finanzmittel für die Bundeswehr müssen genutzt werden, um die Reaktionsfähigkeit der Bundeswehr mit Blick auf die neuen Bedrohungen zu erhöhen. Dazu zählen vor allem eine Verstärkung der Anti-Terror-Kräfte, der Objektschutz- und Sicherungseinheiten und der Sanitätssoldaten. Darüber hinaus müssen wir die Fähigkeiten zum strategischen Lufttransport, zur weitreichenden Aufklärung und zur lückenlosen Überwachung und Kontrolle unseres Luftraumes verbessern. Auch die Stärkung der Zivil-Militärischen Zusammenarbeit und ein neues Reservistenkonzept stehen auf der verteidigungspolitischen Agenda.

Äußere und Innere Sicherheit sind zentrale Aufgaben unseres Staates. Unser Volk muss wissen, was alles auf uns zukommen kann. Deutschland muss deshalb mehr Verantwortung übernehmen. **Sicherheit ist nicht zum Nulltarif zu haben. Wir rufen alle gesellschaftlichen und politischen Kräfte auf, unsere Bundeswehr zu stärken.** ■

Anm.:

Paul Breuer, MdB,  
ist Verteidigungspolitischer Sprecher  
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

## Auf steinigem Wegen zum Frieden „Friedensethik in der Bewährung“ – neues Arbeitspapier der Evangelischen Kirche in Deutschland veröffentlicht

Gerhard Arnold

Wie kann der internationale Terrorismus wirksam bekämpft werden? Ist es richtig, dass die USA seit dem 7. Oktober Bombenangriffe auf Ziele in Afghanistan durchführen? Diese und weitere Fragen beschäftigen in diesen Wochen auch Christen in Deutschland. Die furchtbaren Selbstmordattentate vom 11. September haben andere Konflikte in Europa schlagartig in den Hintergrund treten lassen.

Der Kosovo-Krieg scheint jetzt längst vergangen; aber die Fragen, die er für engagierte katholische und evangelische Christen aufgeworfen hat, bestehen weiter. War es richtig, dass die NATO Ende März 1999 mit Luftangriffen begonnen hat, um die serbischen Gewaltmaßnahmen gegen die Kosovo-Albaner zu stoppen? Hat die NATO damals das geltende Völkerrecht gebrochen?

### Überblick

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) hat am 17. Oktober 2001 ihr neues friedenspolitisches Arbeitspapier „Friedensethik in der Bewährung“ veröffentlicht und es vorsichtig – nach den Terroranschlägen vom 11. September – nur als „Zwischenbilanz“ bezeichnet. Das Dokument wurde kurz vor den Terroranschlägen verabschiedet. Die EKD bemüht sich um eine Aufarbeitung der durch den Kosovo-Krieg aufgeworfenen ethischen Fragen. Das geschah nicht ganz freiwillig, sondern auf Druck einflussreicher Friedensgruppen. Mit ihrem Anliegen, den deutschen Protestantismus auf einen neuen politischen Kurs der Gewaltlosigkeit festzulegen, haben sie sich aber nicht durchsetzen können.

Die EKD hat an ihren bisherigen Grundsätzen festgehalten, die sie vor sieben Jahren ausführlich begründet hat: Das Ziel der christlichen Friedensethik



„Die christliche Friedensethik ist weiterhin hart gefordert.“

ist der „gerechte Friede“. Alle Politik muss sich an ihm orientieren. „Sicherheit ist vor allem angewiesen auf eine gerechtere Verteilung der Lebenschancen zwischen Nord und Süd sowie West und Ost, auf die Einhaltung der Menschenrechte, die Stärkung rechtsstaatlicher und demokratischer Strukturen und den Schutz der natürlichen Grundlagen des Lebens“. Das geeignete Mittel zur Beilegung von Konflikten innerhalb von Staaten oder zwischen Staaten ist die politische, die zivile Konfliktbearbeitung. Die EKD sieht in den Vereinten Nationen nach wie vor das geeignete Gremium zur Erörterung und Beilegung von schweren Konflikten.

### Konfliktbearbeitung durch die Vereinten Nationen

Für den Fall, dass in einem Land eine Minderheit durch die staatliche Gewalt oder die Mehrheitsbevölkerung furchtbar drangsaliiert wird, gilt die Anwendung militärischer Gewalt durch die internationale Völkergemeinschaft als „äußerste Maßnahme“ als akzeptabel; sie ist aber an Bedingungen geknüpft. Dazu gehört

vor allem die Beachtung des Völkerrechts und die Verhältnismäßigkeit der militärischen Mittel, der Schutz der Zivilbevölkerung und die ausreichende Erfolgswahrscheinlichkeit des militärischen Einsatzes.

Hat die NATO diese Bedingungen erfüllt? Was das Völkerrecht angeht, so hält die evangelische Kirche an ihrer ungeschminkten Sicht des **Weltsicherheitsrates** fest, der seiner Aufgabe, den Weltfrieden zu sichern, nur unvollkommen nachkommt. Während des Kosovo-Kriegs hat sie deshalb die NATO-Luftangriffe nicht als eindeutig völkerrechtswidrig bezeichnet, auch wenn die NATO ohne Erlaubnis des Weltsicherheitsrates gehandelt hat. Diese Zurückhaltung hat sich als richtig erwiesen. Fast zu vorsichtig stellt die EKD in ihrer jetzigen „Zwischenbilanz“ heraus, dass die völkerrechtliche Diskussion über die NATO-Luftangriffe „bisher ohne schlüssiges Ergebnis“ geblieben sei, denn die Mehrheit der deutschen Völkerrechtler sieht inzwischen eine ausreichende Rechtsgrundlage oder zumindest Entschuldigungsgründe für die damaligen Militärschläge.

In einer anderen Frage ist die EKD jetzt völlig zu Recht zu einer kritischeren Haltung gekommen. Es betrifft die **Wirksamkeit** der so genannten **humanitären Interventionen**. Darunter versteht man militärische Kampfeinsätze zum Schutz von Minderheiten, die schwersten Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt sind. Seit dem Ende des Kalten Krieges im Jahre 1990 hat die internationale Gemeinschaft zwischen 1991 und 1999 insgesamt sechs dieser Interventionen durchgeführt, z.B. zum Schutz der Kurden im Nord-Irak, der Somalis, der Bosnier und zuletzt der Kosovo-Albaner. Kein einziger Militäreinsatz hat bisher zu einem brauchbaren Ergebnis geführt, d.h. zu einer wirklichen Befriedung der inneren Lage im betreffenden Land.

Hoffnungen setzt die EKD in den von den Vereinten Nationen gegründeten **Internationalen Strafgerichtshof zur Aburteilung von Kriegsverbrechen**, vor dem sich der frühere jugoslawische Staatschef Milosevic mittlerweile verantworten muss.

Das neue friedenspolitische Dokument beschäftigt sich auch mit der **neuen NATO-Strategie**, die während des Kosovo-

Kriegs verabschiedet worden ist und formuliert, ähnlich wie kirchliche Friedensgruppen, sehr kritische Anfragen. So vermutet sie, „dass das Feld für Einsätze militärischer Gewalt außerordentlich weit gezogen wird“.

### Übereinstimmung der Kirchen

Was ergibt der Vergleich der neuen evangelischen „Zwischenbilanz“ mit dem Wort der deutschen Bischöfe „gerechter Friede“ vom Herbst letzten Jahres? Sieht

man von kleinen Details ab, so ist die Übereinstimmung sehr eng geworden. Die katholischen Bischöfe haben in ihr Dokument die Erfahrungen mit dem Kosovo-Krieg bereits eingearbeitet. Das Leitmotiv des „gerechten Friedens“ und ihm entsprechend die politische Konfliktbearbeitung stehen so im Vordergrund, dass dem Militär nur noch eine randständige Rolle zukommt. Die **zivilen Friedensdienste** werden gemeinsam hoch geschätzt und kirchlicherseits gefördert. Die bisherigen Erfahrungen in Bosnien

und im Kosovo werfen aber die Frage auf, ob die Leistungsfähigkeit dieser Friedensdienste sowie der Konfliktnachsorge durch Nichtregierungsorganisationen von beiden Kirchen nicht zu optimistisch eingeschätzt wird. Ganz neue Fragen stellen die Selbstmordattentate vom 11. September. Die christliche Friedensethik ist also weiterhin hart gefordert. ■

Anm.:

Gerhard Arnold ist Oberstudienrat in Würzburg.

## Der Herr ist treu, er wird Euch Kraft geben und Euch vor dem Bösen bewahren.

**2. Thess. 3,3**  
(Montasspruch Dezember)

Dr. Bernhard Felmberg

### Weihnachten steht vor der Tür!

Dies wird uns bereits seit Anfang November durch vielerlei Dinge angezeigt. Da sind nicht nur die vielen Weihnachtsbäume, die bunt dekoriert in den Kaufhäusern prachtvoll stehen, nein wir sehen auch auf vielen Balkonen Lichter brennen und wenn wir an Schaufenstern vorbei gehen, erkennen wir deutlich das Mühen um eine weihnachtliche Dekoration.

### Die westliche Welt ist zum Fest gerüstet.

Kaum ein Jahresereignis prägt das äußere Erscheinungsbild unserer Städte und Gemeinden für eine gewisse Zeit so stark wie das Weihnachtsfest. Und wir beklagen jedes Jahr, dass der Rummel um Weihnachten zu früh beginnt. Kommerzielle Interessen, so sagen wir, nehmen ja kaum mehr Rücksicht auf die eigentliche Adventszeit. Die Adventszeit, die uns in Besinnung auf das eigentliche Weihnachtsgeschehen vorbereiten soll, verschwimmt in den allgemeinen kommerziellen Einstimmungswochen zu einem unbedeutenden Abschnitt.

Unsere Gesellschaft ist im Begriff, ihr christliches Koordinatensystem zu verlieren. Säkularisiert seien wir, das hört man allenthalben! Und dies seien eben die



**Wir merken, dass unsere Gesellschaft von Grundwerten lebt, die ohne dauerhafte Fundierung im Christlichen in Gefahr sind verloren zu gehen.**

Folgeerscheinungen. So wird der Reformationstag langsam zu Halloween. Und das Weihnachtsfest beginnt für viele zwischen Buß- und Bettag und dem Ewigkeitssonntag. Christliche Inhalte werden auch mit dem Weihnachtsfest immer weniger verbunden.

Und viele von uns merken spätestens seit dem 11. September, dass dieser Verlust des Religiösen, ja sagen wir ruhig, dieser Verlust des Christlichen, zu einer geistlich-

chen und geistigen Armut vieler geführt hat. Wir haben die Kompetenz für einen interreligiösen Dialog verloren. Wer soll ihn führen? Diejenigen, die „natürlich“ aus der Kirche ausgetreten sind? Als ob dies die selbstverständlichste und verstehbarste Sache, ja tolerierbarste Form von Entscheidungsfähigkeit wäre? Oder etwa diejenigen in unserer Gesellschaft, für die Kirche noch Folklorestatus hat?

Wir spüren, dass die christliche Sprach- und Glaubensfähigkeit für uns und unsere Kinder im gesellschaftlichen demokratischen Zusammenleben vielleicht wichtiger ist, als es die Heilsboten einer areligiösen Gesellschaftsform jahrzehntelang verkündet haben. Wir merken, dass unsere Gesellschaft von Grundwerten lebt, die ohne dauerhafte Fundierung im Christlichen in Gefahr sind, verloren zu gehen. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass jeder für sich seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen bewusst ist.

Der eigene Glaube, die eigene christliche Einstellung trägt mehr zu unserem gelingenden Gemeinwesen bei, als es jahrelang anerkannt wurde. Wir lassen daher auch als immer kleiner werdende Gemeinde Jesu Christi nicht davon ab, auf den zu deuten, von dem wir glauben und wissen, dass er der Friedefürst ist, den die Welt, den wir gerade in dieser Zeit bitter nötig haben. Dies verkünden wir in unseren Gottesdiensten, dies lehren wir Erwachsene, Jugendliche und Kinder und wir hoffen, dass wir dies auch in unserem eigenen Leben immer wieder deutlich leben.

Wir haben jeden Tag die Chance, unseren Weg mit Gott neu zu definieren. Wir haben jeden Tag die Möglichkeit, uns

Gott wieder zuzuwenden. Jedes Jahr bietet uns gerade Weihnachten die Gelegenheit, Jesus als Gott des Friedens neu zu entdecken. Als Gott des Friedens, der in Jesus Christus unverwechselbar und eindeutig ist, in sich und gegenüber anderen – Menschen und Göttern!

Und so sind die Weihnachtsbäume in den Kaufhäusern und die Lichter auf den Balkonen auch Mitte November nicht nur Ausdruck eines verlorenen Zeitgefühls für christliche Feste, sondern vielleicht auch die Möglichkeit der Anknüpfung an eine innere Vorbereitung auf das festliche Geschehen unserer Tage! Dazu müssen wir uns aber dorthin begeben, wo wir nicht nur äußerlich, sondern auch innerlich auf Weihnachten vorbereitet werden.

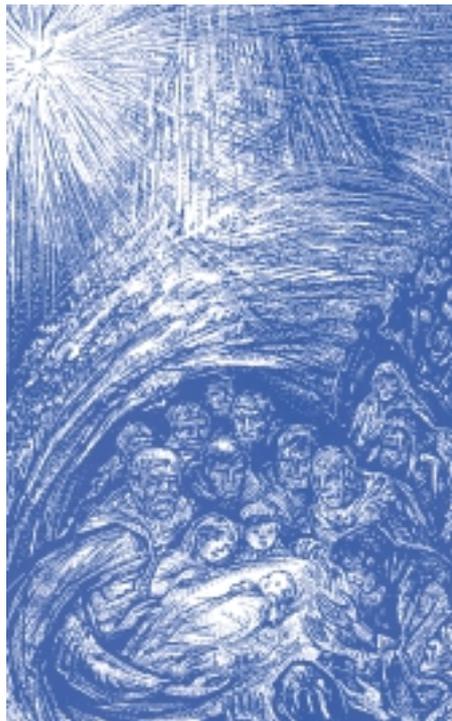
Geht das, auch wenn jahrelang kein Interesse vorhanden war?

Es geht, wenn man sich selbst, wie die Hirten und wie die Könige, auf den Weg macht. Es geht, wenn man sich von Gottes Verheißung leiten lässt, dass er treu ist und treu bleibt. „Der Herr ist treu“, so sagt es unser Text, auch wenn wir treulos sind. Er gibt uns Kraft, auch wenn wir kraftlos sind.

**Brauchen wir Gottes Treue und benötigen wir seine Kraft?**

Ich glaube, dass wir sie öfter brauchen als wir uns das gern eingestehen. Zwar haben viele von uns oft den Eindruck, dass sie ihr Leben selbst „voll“ im Griff haben, doch wie schnell wird unser Griff schwach und unser Leben entzieht sich unserem gerade noch so sehr gerühmten kraftvollen Griff. Und dann fühlen wir uns vom Leben ergriffen, von unserer plötzlich diagnostizierten schweren Krankheit, von dem Tod eines guten Freundes, von der Treulosigkeit des geliebten Partners, von der Hinterhältigkeit des Berufskollegen, von der Kaltschnäuzigkeit des Arbeitgebers – von der Fratze des Bösen in unserer Welt. Ergriffen sind wir da und kraftlos irren wir umher, innerlich, wie äußerlich. Muss das so sein und bleiben? Ich meine nein, wenn wir Jesus wieder als den kennen lernen, der uns unsere Kraftlosigkeit nimmt.

Er ist es, der in den Zeiten der Stärke und Schwäche auf uns wartet, dass wir uns



ihm zuwenden. Er ist Mensch geworden, um uns diesen Weg zu ihm zu erleichtern. Gehen wir ihn! Äußerlich mit Lichterketten und geschmückten Weih-

nachtsbäumen, innerlich mit brennendem und verlangendem Herzen, Frieden zu finden. Diesen garantiert er uns, weil er uns selbst vor dem Bösen bewahren will. Vor dem Bösen, das er selbst durch seine Auferstehung besiegt hat.

Ja, Schlechtes kann uns im Leben begegnen, aber das absolut Böse kann uns nicht widerfahren. Er fängt uns auf, im letzten Augenblick sicherlich – aber für immer und ewig. Er hat die Kraft, dies zu vollbringen. Wenden wir uns seinem Angesicht zu, dann werden wir diese in unserem Leben spüren, zur Hoffnung und zum Trost derer, die kraftlos sind.

Gott schenke uns ein gesegnetes und friedliches Weihnachtsfest. ■

*Bernhard Felmbeg*

Dr. Bernhard Felmbeg ist Bundesgeschäftsführer der EAK

### **Festansprache der Thüringer Landtagspräsidentin Christine Lieberknecht zum zehnjährigen Bestehen des EAK in Thüringen Schmalkalden – 29. Oktober 2001**

**Christine Lieberknecht**

**Vor zehn Jahren ist der EAK der CDU/CSU in Thüringen hier in Schmalkalden in diesem Saal gegründet worden. Die besonders einprägsamen, manchmal wie im Rausch der Freiheit erlebten Monate zwischen dem Herbst 1989 und dem Jahr 1990 – Konrad Weiß hat von den „Flitterwochen der Demokratie“ gesprochen – waren vorbei.**

**Neue Anforderungen an den Einzelnen in der Demokratie**

Hinter dem Land der scheinbar unbegrenzten Möglichkeiten, mit dem wir uns vereint hatten, wurden auch die Forderungen sichtbar, die der demokratische Verfassungsstaat, die soziale Marktwirtschaft und die pluralistische Gesellschaft an jeden Einzelnen stellten.

Vieles war oder ging zu Ende, ohne dass schon wieder fester Boden unter den Füßen war. Das war nicht immer leicht zu verkraften. Die Bewältigung der Aufgaben wurde von Politikern erwartet, die sich gerade selbst erst in ihre neuen Pflichten einarbeiteten. Christen, die in Gemeinde-Kirchenräten oder Synoden mitgearbeitet hatten, hatten wenigstens einen kleinen Vorsprung in der Handhabung demokratischer Regularien. Das war nicht ganz einfach. Erwartungen und Möglichkeiten standen in einem krassen Missverhältnis.

**Positionierung und Wandel in den Kirchen**

Von der vorübergehenden Katerstimmung wurden auch die Kirchen, die evangelischen zumal, erfasst: Nachdem sie als Nischen und Beschützer der auf-

brechenden Bürgergesellschaft nicht mehr gebraucht wurden, fielen sie im Wesentlichen auf den Bestand ihrer Kerngemeinden von vor 1989 zurück. Zudem begann das unsägliche Stasi-Thema zusätzlich zu drücken. Der Weg von einer marginalisierten und minorisierten, im Wesentlichen auf sich selbst bezogenen Gemeinschaft in einer Weltanschauungsdiktatur über die tragende Rolle in der friedlichen Revolution bis in die pluralistische Gesellschaft im Zeitraffertempo war einfach zu kurz, um schon verarbeitet zu sein. Und zuweilen haben wir ja bis heute damit zu tun.

Und dann das erbitterte Ringen im Pro und Kontra: ich sage es im Jargon der Skeptiker: um Thron und Altar! Religionsunterricht, Militärseelsorge, Kirchensteuer, Staat-Kirche-Vertrag. Was sich in den alten Bundesländern im Verhältnis von Staat und Kirche über Jahrzehnte fest eingespielt hatte, wurde von den evangelischen Kirchen hierzulande erst einmal als fremd, wenn nicht gar bedrohlich empfunden. Dass der neue Staat nicht der alte war, war zwar bekannt, damit aber noch lange nicht tatsächlich erlebte und erprobte Wirklichkeit.

Auch in der CDU (sagen wir es ruhig einmal laut) erblickte man in den Kirchengemeinden nicht gerade den bevorzugten Ansprechpartner im politischen Raum. Die Probe auf die Läuterung, sozusagen auf den Wandel vom Blockpartei-Saulus zum demokratischen Paulus, war noch nicht gänzlich gemacht.

#### Die Gründung des EAK als Zeitanzeige

Kurz: Die Gründung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU passte genau in diese Zeit. Sie war notwendig, um die Stimmen, Ansichten und Erfahrungen evangelischer Christen in die Arbeit der CDU einzubringen und auf der anderen Seite aus der Partei heraus eine Gesprächsplattform für den evangelischen Raum zu haben. Im Originaltext von damals hörte sich das dann so an:

*Ich knüpfe an, an das, was mein politisches Denken und Wirken als Christ und Theologin in der Christlich Demokratischen Union in den vergangenen Monaten bestimmt hat und ich auch weiterhin für wichtig halte. Es ist der Mensch mit all seinen Möglichkeiten und Grenzen im Spannungsfeld zwischen verlorenem*



*Paradies alttestamentlicher Urgeschichte und der durch Jesus Christus neu verheißenen Teilhabe am Reich Gottes allein durch die Freiheit im Glauben und den Dienst tätiger Liebe untereinander.*

*Dieses Spannungsfeld nicht nur in theologischen Begriffen zu benennen, sondern es als steten Rahmen jeglichen gesellschaftlichen und politischen Handelns in Gemeinsamkeit der Erkenntnisse von Geistes- und Naturwissenschaften, der Wahrnehmungen von Künstlern, Vertretern von Wirtschaft und öffentlichem Leben begriffen und in philosophischen Kategorien des geistigen Fundaments, sowohl des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates, als auch der Ordnung der sozialen Marktwirtschaft umgesetzt zu haben, ist eine der entscheidenden Säulen, auf denen sich Unionspolitik bis zum heutigen Tag auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland erfolgreich behaupten konnte.*

*Im Blick auf die geistesgeschichtliche Umbruchsituation im Osten Deutschlands, die auch für die westlichen Länder im geeinten Vaterland unabwiesbare Herausforderungen mit sich bringen wird, scheint es mir nicht nur sinnvoll, sondern sogar notwendig, sich in einem Kreis interessierter und engagierter Fürstreiter der Union über die Möglichkeiten der geistesgeschichtlichen wie sozialetischen Begleitung der politischen Entwicklung in unserem Vaterland zu verständigen.*

In diesem Brief-Auszug vom 10. September 1990 scheint fast so etwas wie ein „Vor“-EAK auf!

Das war die Situation. Sie liegt nun schon deutlich hinter uns. Manche Fragen und Aufgeregtheiten der damaligen Zeit – nicht zuletzt auch ein wenig das Pathos, in dem auch ich damals formulierte – haben sich gelegt bzw. erledigt. Heute freuen wir uns gemeinsam, dass zum Beispiel rund ein Viertel der Schüler evangelischen Religionsunterricht erhält, obgleich nur etwa die Hälfte davon getauft ist. Die Kirchen sind in den weiten Mantel des Staatskirchenrechts hinein gewachsen, und das Misstrauen ist weitgehend gewichen.

#### Schwindende Aufmerksamkeit für die Position der Kirchen in der Gesellschaft

Doch haben wir Christen es in Staat und Gesellschaft mit diesen Veränderungen leichter? Auf der einen Seite ist es ein Segen, dass der ideologische Weltanschauungsstaat mit seinem Wahrheitsanspruch verschwunden ist und mit ihm der ganze Repressionsapparat mit Zensur und Schnüffelei und all den sonstigen Schikanen und Absurditäten. Auf der anderen Seite stellen wir Christen auch jetzt eine Minderheit in diesem Land dar. Und unsere Gegenwart mit ihren nahezu unerschöpflichen Wahlmöglichkeiten, dem multimedialen Stimmengewirr und uferlosen Pluralismus macht es schwer, sich überhaupt Gehör zu verschaffen.

Der Unterschied zu damals lässt sich leicht beschreiben: Damals waren öffentliche Äußerungen der Kirchen unerwünscht und wenn die Machthaber es für nötig hielten, mit Repressionen belegt. Deshalb haben viele umso genauer hingehört. Heute können sich die Kirchen zu jedem Thema in jeder möglichen Form äußern – aber es hört kaum noch einer zu. Die Gefahr, dass das Christentum über kurz oder lang und über eine durchaus freundliche, aber zu nichts verpflichtende Gleichgültigkeit zu einer rein privaten Angelegenheit verkümmern könnte, die außerhalb der Kirchenmauern keiner mehr versteht, ist auf diesem Hintergrund so abwegig nicht.

Dahin darf es aber nicht kommen, weil für einen Christen sein Glauben eben keine Privatangelegenheit ist, sondern sich damit ein Anspruch auf Weltgestaltung verbindet. Auch das weltliche Regime, um mit Luther zu sprechen, ist ein

Feld christlicher Betätigung, durch das äußerlich Frieden geschaffen und bösen Werken gewehrt werden soll. Die Freiheit von der Welt und die Freiheit für die Welt sind zwei Seiten ein und derselben Medaille.

### Aufgabe des EAK als Brücke für den christlichen Standpunkt in der Politik

Es ist deshalb heute zweifelsohne ebenso wichtig wie früher, dass wir argumentative Brücken in eine Welt bauen, die unsere eigentlichen Fragen an das Leben zunächst nicht versteht, geschweige denn die Antworten. Genau da hat der EAK seine Aufgabe. In einer **Gesellschaft**, die deutlich von **Nützlichkeitserwägungen** geprägt ist, ist zunächst die Frage, auf welche Weise sich Christen in die Gesellschaft einbringen können, unvermeidbar und muss beantwortet werden.

Ich will nur wenige Stichpunkte nennen:

- die kulturprägende Kraft über Jahrhunderte bis heute ist aus unserer Gesellschaft überhaupt nicht wegzudenken.
- das soziale Engagement, wenn es um die Schwächsten in unseren Gemeinden geht
- der Beitrag zu Menschenrechten und grundlegenden Einsichten unseres modernen Verfassungsverständnisses und
- die Vermittlung seelischer Stabilität durch den Glauben zum frohen und befreienden Dienst von Christen in dieser Gesellschaft.

Weitere wären zu nennen. Das alles kann ich jetzt leider nicht ausführen. Nur eins ist klar: Die Funktion des Christlichen in der Gesellschaft kann sich nicht darin erschöpfen, Kulturdienstleister, Sozialstation, Traditionspfleger, Veranstaltungsagentur für weihevollen Augenblicke und Motivations-Seminare oder eine Art moralisches Eichamt zu sein. Mag sein, dass wir von alledem ein bisschen sind. Aber das ist nicht das entscheidende, und das provoziert auch keinen.

Die **provozierende Kraft des „C“**, die liegt in etwas anderem. Sie liegt im Wahrheitsanspruch des Christentums selbst begründet. Die Facetten, die ein Außenstehender wahrnimmt, sind Ausdrucksformen dieser Wahrheit, die sich davon nicht einfach abtrennen lassen.

Daraus folgt nicht etwa so etwas wie eine christliche Politik. **Aber wir können uns im politischen Raum nur so betätigen, dass wir es vor unserem christlichen Gewissen vertreten können.** Und auch die formale Seite ist dabei nicht unbedingt provozierend.

Martin Luther hat in seiner Schrift **„Von weltlicher Obrigkeit“** an den Herzog von Sachsen – der auch den Thüringer Landgrafentitel trug – 1523 das Ideal in der Sprache seiner Zeit beschrieben: Ein Fürst solle sich in vier Orte teilen. *„Aufs erste zu Gott mit rechtem Vertrauen und herzlichem Gebet. Aufs zweite gegen seine Untertanen mit Liebe und christlichem Dienst. Aufs dritte gegen seine Räte und Gewaltigen mit freier Vernunft und unbefangenen Verstand. Aufs vierte gegen die Übeltäter mit bescheidenem Ernst und Strenge.“*

Ernster und im zweifelsfrei provozierend, ja sogar Anstoß erregend, kann es in einer ganzen Reihe von inhaltlichen Fragen werden. Auch da gilt selbstverständlich, dass die Regeln des politischen Betriebs im weltanschaulich neutralen Staat sich nicht christlichem Wahrheitsanspruch unterordnen müssen – der Staat ist nicht der verlängerte Arm der Kirche – aber das ändert nichts daran, dass der Anspruch, den wir als Christen in unserer Gesellschaft haben, uns auch abverlangt, dass wir unsere Position vertreten und nicht jeden Kompromiss mit tragen können. Und das möchte ich nicht nur auf den staatlichen Raum beschränkt wissen. Der gesellschaftliche und wirtschaftliche Bereich ist genauso mit gemeint. Denn die Daseinsgestaltung umschließt ja bei weitem nicht nur das Verhältnis Staat und Kirche. Ich nenne einige Bereiche, in denen die christliche Ethik relevant ist und gewaltiges Konfliktpotential schlummert, ohne dies im Einzelnen hier ausführen zu können.

### Relevanz der christlichen Ethik

Der erste Bereich bezieht sich auf **Fragen rund um den Lebensanfang und das Lebensende**. Wir alle haben in Erinnerung, wie sehr uns die **Abtreibungsfrage** umgetrieben hat und weiter umtreibt. Die derzeit geltende Regelung bleibt eine brennende Wunde, denn Abtreibung ist nach christlichem Verständnis Mord. Es ist Christenpflicht, dies im Gedächtnis zu

halten und dafür zu sorgen, dass in dieser Gesellschaft bis hin zu den handelnden Politikern überhaupt noch ein Empfinden für diese traurige und beschämende Wahrheit vorhanden ist. Und wir als Christen müssen nach allen Möglichkeiten greifen, die helfen, Leben zu bejahen und nicht es zu zerstören.

Die Folgethemen sind längst auf dem Tisch: **Verbrauchende Embryonenforschung und Präimplantationsdiagnostik**. Die Wissenschaft hat ein Tor aufgestoßen, bisherige Grenzen werden fließend. Was heißt in diesem Zusammenhang Unverfügbarkeit des Lebens? So lange hier keine zweifelsfreie Klarheit hergestellt wird, kann das nur bedeuten: Der Forschungsstandort Deutschland, wirtschaftliche Interessen oder auch medizinischer Fortschritt auf Kosten ungeborenen Lebens sind keine hinreichend gewichtigen Güter, um diese Möglichkeiten zuzulassen.

Auch am Ende des Lebens sind Christen spätestens seit der **Euthanasie-Gesetzgebung in den Niederlanden** zu einem klaren Wort herausgefordert: Beachtliche Mehrheiten der Deutschen in West wie Ost – übrigens auch unter Christen – könnten sich vorstellen, die entsprechenden Gesetze auf Deutschland zu übertragen. Doch auch dadurch wird die Unverfügbarkeit des Lebens durchbrochen. Wo die Sterbebegleitung gefragt wäre, wird auf Lebensbeendigung gesetzt. Auch hier ernten wir heute die Früchte eines Zeitgeistes, der über Jahrzehnte dem Hedonismus und der „Spaßgesellschaft“ das Wort redete, ohne dass die Menschen einen einzigen Deut glücklicher und zufriedener geworden wären. Im Gegenteil.

### Ökonomisierung der Lebensverhältnisse

Die provozierende Kraft des „C“ erweist sich auch im ökonomischen Bereich: Auch wenn ein marktwirtschaftliches System ethisch wohlbegründet ist und in der christlichen Soziallehre wurzelt, hat es doch die Tendenz, die ihm innewohnenden Maßstäbe auszudehnen. Ökonomisierung der Lebensverhältnisse sagt man dazu. Einige Beispiele:

Flexibilität und Mobilität bestimmen das Wirtschaftsleben. Die Maschinen sollen möglichst rund um die Uhr laufen und die Sonntagsruhe noch vollends fallen. Dies

alles ist zum Beispiel für Familien außerordentlich problematisch. **„Ohne Sonntag gibt es nur noch Werktage“** hat die EKD erfolgreich dagegen gesetzt und gezeigt, dass auch dieser Trend nicht hinnehmbar ist. Doch trifft der Vorwurf nicht nur „die“ Wirtschaft, die ja ohnehin nichts Abstraktes ist, sie trifft auch viele Menschen in ihrer Eigenschaft als Wesen, die der Karriere vieles unterordnen und sich in ihren Konsumgewohnheiten nicht stören lassen wollen. Und hier wird es richtig provozierend, denn der Tanz ums goldene Kalb ist keine Erfindung moderner Betriebswirtschaftslehre.

Die Durchökonomisierung vieler Lebensbereiche hängt eben auch damit zusammen, dass eine große Mehrheit ihre jeweiligen Prioritäten schlichtweg nach dem gleichen Schema des goldenen Kalbes setzt: **„Ihr Gott ist ihr Bauch“** können wir in Philipper 3 Vers. 19 lesen. Der Rationalität wirtschaftlicher Argumente und der Verführungskraft ungezählter Konsum- und Freizeitmöglichkeiten kann sich kaum entziehen, wer auf die Frage: Wer bist du? mit dem antwortet, was er hat: an Gütern, Aufgaben, Verbindungen und Optionen.

Und sehen Sie sich einmal die Werteskala von Jugendlichen, von Schülern schon in der Grundschule im Blick auf Erwachsene an:

- Wie viel verdienen sie?
- Sind sie so reich wie Beckenbauer?
- Fahren Sie einen Porsche?

Es ist in der pluralistischen Gesellschaft eine ganz unerhörte **Provokation** zu behaupten, **dass Gott und nicht der Mensch das Maß aller Dinge ist** und dass vor allem dies aus den vielerlei Bindungen und Abhängigkeiten der Welt befreit. **Die Frage, was der glaubt, der nicht glaubt, führt zu irritierenden Reaktionen.** Nachdenkliche Menschen kommen bei der Frage schon ins Grübeln, worauf sich die viel beschworene Selbstverwirklichung denn bezieht, wo Halt und Orientierung zu finden sind. Die so genannten „Patchwork-Biografien“ – alle paar Jahre erfindet man sich neu, meist unter Zurücklassung des jeweiligen so genannten „Lebensabschnittspartners“ – sind Ausdruck eines Lebens ohne eigentlichen Mittelpunkt. Nicht zuletzt provoziert eine vom christlichen Wahrheitsan-

spruch geprägte Lebenshaltung, auch all jene, die meinen, dass alles und jedes im Diskurs zur Disposition gestellt werden muss, dass prinzipiell alles zum Gegenstand einer gesellschaftlichen Übereinkunft gemacht werden kann.

### Kulturprägende Kraft des Christentums in Staat und Gesellschaft

Einen letzten Bereich möchte ich vor dem Hintergrund der Terroranschläge vom 11. September ansprechen. Ich bin davon überzeugt, dass unser System – demokratischer Verfassungsstaat, soziale Marktwirtschaft und pluralistische Gesellschaft – auch **heute und in Zukunft** sich nicht von der kulturprägenden Kraft des Christentums ablösen lassen.

Es war der ausgeprägte Dualismus zwischen Kaiser und Papst, zwischen dem weltlichen und dem kirchlichen Regiment, zwischen Staat und Kirche, der die Reformation und europäische Aufklärung überhaupt erst ermöglichte. Luther hat in der **Zwei-Reiche-Lehre** den Staat vom kirchlichen Vormachtanspruch befreit und das Reich Christi von weltlichen Rücksichten freigehalten. Dadurch, dass jedem Mensch als Geschöpf Gottes die gleiche Würde zusteht und dieser Dualismus Entwicklungsräume geschaffen hat, haben sich Aufklärung, Menschenrechtsdenken, Gewaltenteilung, Rechtsstaat und moderner Staat erst so bilden können, wie wir sie kennen.

Richtig ist auch: **Unser Denken hat sich von diesen Wurzeln gelöst.** Wir finden heute andere Begründungen. Aber ich bin zutiefst davon überzeugt: **Wo das Christentum verschwindet, werden Religionen Platz greifen, die das Verhältnis von Religion und Politik viel enger definieren – wie etwa der Islam.** Dann ist es aus mit dem weltanschaulich neutralen Staat. Oder die Politik wird sich religiös aufladen, wie wir es im letzten Jahrhundert kennen gelernt haben. Denn wohin sollen sich die Erwartungen richten, die wir dem religiösen Lebensbezirk zuordnen? Und schon in kurzer Frist wird sich vermutlich ein Problem einstellen, auf das zu Recht zunehmend hingewiesen wird. Ich will es mit Günter Rohrmoser formulieren:

*„Wie wollen wir in den Weltdialog der Religionen und ihrer Kulturen eintre-*

*ten, wenn wir selbst nichts einzubringen haben?“*

Hier geht es, um es konkret zu sagen, um die **Integrationskraft unserer Gesellschaft im Zusammenhang mit der Zuwanderung**, die wir bereits jetzt erleben und die wir im Zuge unserer eigenen dramatisch alternden und schrumpfenden Gesellschaft aktiv betreiben müssen. Rohrmoser macht das mit einem einprägsamen Beispiel deutlich. Ich zitiere noch einmal:

*„Was soll denn ein jugendlicher Deutscher einem jungen Türken noch mitzuteilen haben, wenn er kein Vaterland, keinen Glauben, keine sittlichen Überzeugungen hat, während der prachtvolle junge Türke dies alles selbstbewusst vertritt und nicht im Traum daran denkt, es im Diskurs zur Disposition zu stellen?“*

*Wir entziehen mit der Zerstörung unserer kulturellen Identität paradoxerweise sogar einer möglichen multikulturellen Gesellschaft die Grundlagen.“* Soweit Rohrmoser.

Ich meine es ist hinreichend deutlich geworden, **wie** provozierend die Kraft des „C“ für Staat und Gesellschaft tatsächlich ist. Das Christentum gefährdet weder die Unabhängigkeit des Staates noch überschreitet es die Kompetenz des eigenen geistlichen Bereiches, wenn es seinen Wahrheitsanspruch formuliert. Eher im Gegenteil. **Aber es darf und muss stören, provozieren, damit es wahrgenommen wird und zum Nachdenken anregt.** Salz der Erde wird man nicht dadurch, dass man – bildlich gesprochen – im Salzstreuer verharret. Es muss schon überall zu schmecken sein.

Der EAK hat wie eh und je die Aufgabe als Vermittler aus dem Raum der Kirche in die Politik und von der Politik in die Kirche hinein zu wirken. Anlässe und Themen gibt es, wie wir gesehen haben, in Fülle. Deshalb wünsche ich Ihnen und uns weiterhin viel Erfolg bei der Arbeit an einer wichtigen Schnittstelle zwischen – wie Martin Luther sagt – geistlichem und weltlichem Regiment. ■

**Anm.:**

Christine Liebeknecht, MdL, ist thüringische Landtagspräsidentin und stellv. Bundesvorsitzende des EAK.

Evangelisches  
Leserforum



Der Alchimist

**Paulo Coelho:**  
Diogenes Verlag, Zürich,  
1996, 176 Seiten,  
gebunden, 32,90 DM,  
ISBN: 3257061269

Die Geschichte erzählt die Suche eines jungen andalusischen Schafhirten nach einem Schatz. Er träumt, am Fuße der ägyptischen Pyramiden liege ein Schatz für ihn bereit. In völliger Unkenntnis, was Pyramiden sind und wie weit diese von seiner Heimat entfernt sind, macht er sich auf den Weg. Er trennt sich von allem, was sein bisheriges Leben ausmacht und geht auf die Suche.

In einfachen, aber intensiven Worten wird seine Reise erzählt und es ist schnell klar, dass der Hirte bei der Suche nach Reichtum auch den Sinn des Lebens hinterfragt. Auf der Reise trifft er Menschen, die Werte und Reichtümer ganz anders bemessen als er und er bewundert deren innere Ausgeglichenheit und Bejahung des Lebens – trotz Armut. Aber er trifft auch mit Menschen zusammen, die durch hektische Jagd nach Besitz den Blick auf das Wesentliche im Leben verlieren.

Am Ende begegnet er einem Alchimisten, der sowohl die Kenntnis über die „Weltenseele“ hat als auch den Stein der Weisen besitzt, der unbegrenzten Reichtum verspricht. Die Suche des jungen Santiago ist auch eine Suche nach einer höheren Instanz, dem Ursprung und Verantwortlichen des Lebens.

Die Reise des Hirten und seine Suche nach dem Schatz des Lebens ist mit einfachen, aber intensiven Worten erzählt. Die geschilderten und daraus geschlossenen Weisheiten sind nicht bahnbrechend neu, aber dennoch beeindruckend.

Es kostet Santiago viel Mut, seine Entscheidungen zu treffen und ebenso verlangt es von ihm viel Kraft, im Nachhinein dazu zu stehen. „Mein Herz fürchtet sich davor zu leiden, vertraut der junge Hirte dem Alchimisten an. Sag deinem Herzen, dass die Furcht vor dem Leiden schlimmer ist als das Leiden selbst, entgegnet der Alchimist.“

Der Leser und die Leserin können bei der Lektüre die Erkenntnis gewinnen, dass jeder Mensch nach intensivem Abwägen in seinen Entscheidungen letztendlich frei ist und dass so genannte Sachzwänge nur scheinbar sind.

Inwieweit wir uns das auch zukünftig bewusst machen, wird jedem selbst überlassen. ■

**Anm.:**

Renate Diemers ist Mitglied der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Buchbesprechung

**Caritas Führer:**  
**Die Montagsangst**  
R. Brockhaus Verlag (TB)  
Wuppertal 2001,  
89 Seiten, 12,90 DM  
**Pfarrerstochter auf verlorenem Posten.**  
**Eine Erzählung von**  
**Caritas Führer**

Dass Mitte der sechziger Jahre Staat und Kirche in der DDR sich in einem zermürbenden Kleinkrieg befanden, weiß man in der Bundesrepublik Deutschland längst. Und wer von diesen und anderen gesellschaftlichen Gegebenheiten des untergegangenen DDR-Regimes nichts weiß, gehört möglicherweise zu denen, die es gar nicht wissen wollen. Die Bereitschaft, die deutsche Vergangenheit schön zu reden, ist groß. Und was sich nicht zurechtreden lässt, wird kurz abgetan oder gern und glatt vergessen.

Gegen die Schuld vor-schnellen Vergessens kann ein Taschenbuch wirken, dass dieser Tage im Brockhaus Verlag erschien: „Die Montagsangst“ von Caritas Führer. Die Tochter eines sächsischen Pfarrers und heutige Ehefrau eines Superintendenten erzählt in ihrem ersten Prosawerk, das in der Erstausgabe bei Kiepenheuer & Witsch/Köln erschien, in knappen, eindringlichen Sätzen eine wahrhaftig ungewöhnliche Schulgeschichte. Sie ermöglicht Einblicke in das Leben eines Mädchens, das sich in der Spannung zwischen dem DDR-Sozialismus und den An-

sprüchen eines evangelischen Bekenntnisfarrhauses in der Lage vorfand, Kämpferin sein zu müssen. Das Kind, ohne Pionierhalstuch, FDJ-Ausweis und ohne Bereitschaft zur Teilnahme an der Jugendweihe, versuchte sich zu finden durch ein Schwimmen gegen den Strom, den die atheistische Bildungsmaschinerie erzeugte. Und das Gefühl, leicht untergehen zu können, wurde gerade beim schulischen Fahnenappell zum Wochenbeginn oft übergroß.

Auch wenn der einfache, dabei aber keineswegs kunstlose Text neben der Bedrohlichkeit des DDR-Schulregimes für Unangepasste auch Lichtblicke vorführt, bleibt er bis zum Schluss mitunter bedrückend- spannend und löst sich trotz hoffnungsvoller Akzente und Zuversicht nicht auf in ein Happy End.

Man muss nicht seine Phantasie bemühen, um behaupten zu dürfen, dass diese Schulgeschichte, die in der Tradition von Hesses „Unterm Rad“ und Anderschs „Vater eines Mörders“ steht, wohl auch zur Klärung einer DDR-Biographie geschrieben werden musste. So wurde wohl mit der „Montagsangst“ erzählerisch etwas abgeschlossen, was doch als Erkenntnis gegenwärtig bleiben muss: Zukunft haben wir nur, wenn wir unsere Vergangenheiten wahrnehmen. Und dazu brauchen wir es wohl, dieses stille, starke und auf-rührende Buch. ■

J. Hock, Burkhardtdorf

# EINLADUNG ZUR 50-JAHR-FEIER DES EVANGELISCHEN ARBEITSKREISES DER CDU/CSU IN SIEGEN

**Samstag, 16. März 2002**

- 9.30 Uhr Festlicher Gottesdienst in der Martinikirche.  
Präses Manfred Sorg (Evangelischen Kirche von Westfalen)
- 11.00 Uhr Festakt im Leonhard-Gläsersaal der Siegerlandhalle
- Begrüßung**  
Jochen Borchert, MdB, Bundesvorsitzender des EAK
- Grußworte**  
Dr. Jürgen Rüttgers, MdL, Landesvorsitzender der CDU Nordrhein-Westfalen  
Thomas Rachel, MdB, Landesvorsitzender des EAK Nordrhein-Westfalen  
Bundeskanzler a. D. Dr. Helmut Kohl, MdB  
Präses Manfred Kock, EKD-Ratsvorsitzender
- Ansprache**  
Dr. Angela Merkel, MdB, Vorsitzende der CDU Deutschlands
- Festvortrag**  
Bundespräsident a. D. Prof. Dr. Roman Herzog
- 13.00 Uhr **Empfang**



Lassen Sie uns diesen Anlass zu einem Fest protestantischen Bekenntnisses in der CDU/CSU werden.

Ich freue mich auf Ihr Kommen.

Jochen Borchert



## Anmeldung

Hiermit melde ich mich verbindlich für die 50-Jahr-Feier des EAK am 16. März 2001 in Siegen an. Ich nehme am

Gottesdienst  mit \_\_\_\_\_ Personen teil

Festakt  mit \_\_\_\_\_ Personen teil

Evangelischer Arbeitskreis  
der CDU/CSU  
Bundesgeschäftsstelle  
Klingelhöferstraße. 8  
10785 Berlin  
Telefon 0 30-2 20 70-4 32  
Telefax 0 30-2 20 70-4 36  
E-mail: eak@cdu.de  
Internet:  
www.evangelischer-arbeitskreis.de

Name \_\_\_\_\_ Vorname \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_ PLZ, Ort \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_ E-mail \_\_\_\_\_

## Aus unserer Arbeit

### ■ Landestagung des EAK-Nordrhein-Westfalen

Herne/Kreis Düren: Mit der überwältigenden Mehrheit von 98 Prozent der Delegiertenstimmen ist der Dürener Bundestagsabgeordnete **Thomas Rachel** in seinem Amt als Landesvorsitzender des Evangelischen Arbeits-

kreises der CDU und Kirche“ und stellte in einer mit viel Beifall bedachten Ansprache seine Vision der Zukunft der Kirche vor. Der von Thomas Rachel geleitete EAK hat 40.000 Mitglieder in NRW.

Präses Sorg und MdB Thomas Rachel betonten gemeinsam die Wichtigkeit einer religiösen Erziehung an den Schulen. Der Christdemokrat kritisierte die Kurzsichtigkeit der SPD beim Thema Religionsunterricht. In einigen Bundesländern



Landestagung NRW: Der Präses der Evangelischen Kirche in Westfalen, **Manfred Sorg** (r), gratulierte dem Dürener Bundestagsabgeordneten **Thomas Rachel** zu seiner Wiederwahl als EAK-Landesvorsitzender.

kreises der CDU Nordrhein-Westfalen wieder gewählt worden. Er erhielt 114 von 116 gültigen abgegebenen Stimmen.

Auf der Landestagung würdigte der Präses der Evangelischen Kirche von Westfalen, **Manfred Sorg**, „den EAK als wichtige Brücke zwi-

werde er schlecht behandelt und falle immer mehr aus. In Brandenburg verweigere die SPD den konfessionellen Religionsunterricht als ordentliches Schulfach. Rachel: „Nur wer religiöse Kompetenz hat, kann auch einen glaubwürdigen Interreligiösen Dialog mit anderen Kulturen führen.“

### ■ Kirche und Politik müssen voneinander lernen

**Annette Schavan** und **Fulbert Steffensky** im Streitgespräch über „Politik ohne Ethik?“ beim EAK Hessen.

**Frankfurt am Main:** Moralität sei nicht naturhaft, sondern müsse erlernt werden. Da pure Gegenwart verblende und verdumme und die reine Gegenwart zum Gefängnis werde, seien Erinnerung, Gedächtnis, Tradition und Deutungen unerlässlich für die ethische Bildung des Menschen. Ethik gehe nicht nur aus dem eigenen Herzen hervor, sondern entfalte sich vor allem auch aus fremden Erfahrungen. Dies erklärte **Professor Fulbert Steffensky**, Universität Hamburg, bei der 8. Frankfurter Disputation des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) der CDU Hessen. Mit dem Verlust sozialer Bindungen gehe gegenwärtig ein Verlust an Erinnerung, Gedächtnis und Tradition einher. Dies führe zu einem Zusammenbruch normativer Werte. Besondere Bedeutung maß Steffensky der jüdisch-christlichen Überlieferung und der Kirchen bei, die Erfahrungen, Hoffnungen, Visionen und Deutungen bewahrten, die für die ethische Bildung des Menschen unersetzlich seien.

**Annette Schavan**, Kultusministerin in **Baden-Württemberg**, ging konkreter auf Ethik in der Politik ein. Deren Aufgabe sei es, der Freiheit Raum zu schaffen. Im politischen Entscheidungsprozess gehe es wesentlich um ein Abwägen verschiedener Güter. Schavan bedauerte, dass die Mediengesellschaft sich nicht für das Für und Wider

interessiere, das den Politiker zu einer Entscheidung geführt habe. Sie zwingt ihn, zugespitzt seine Entscheidung zu verkünden. Dabei entstehe ein sehr einseitiges und verkürztes Bild vom Handeln des Politikers. In diesem Zusammenhang forderte die Ministerin, dass Politik und Kirche sich gegenseitig freigeben und voneinander lernen sollten. Die Kirche müsse von der Politik lernen, den Kompromiss wert zu achten. „Der Kompromiss hat eine ethische Dignität, die anzuerkennen ist“. Schavan bedauerte, dass die Kirche häufig die Politik allein lasse. Sie stelle Forderungen, kümmere sich aber wenig um eine angemessene Lösung und deren Akzeptanz in der Gesellschaft. Sie nannte als Beispiel u. a. die Integration von Ausländern und die Biotechnologie.

Im Disput forderte Steffensky, dass der Politiker sich selbst, aber auch den politischen Gegner als wahrheits- und irrtumsfähig verstehen müsse. Es gehe in der Politik auch nicht allein um Wahrung der Freiheit sondern auch um Gerechtigkeit. Der Professor wies die Forderung nach einer „senilen Ausgewogenheit“ der Kirche zurück. Die Kirche stehe für eine „heilsame Einseitigkeit“, nämlich „für den Schwachen“. Schavan hielt dem entgegen, dass keineswegs immer klar sei, wer der Schwache sei. Die „Gutmenschen“ sollten nicht so tun, als stünde das ethisch Richtige eindeutig fest. Der Politiker habe nicht nur das Gute zu tun, sondern auch das Kluge. Er habe sich nicht nur mit dem zu beschäftigen, was alle betreffe, sondern auch mit dem, was alle verpflichte.

In ihrem Schlusswort hob die **hessische Kultusministerin und EAK-Vorsitzende Karin Wolff** hervor, dass Politik es mit Antworten und Verantworten zu tun habe und deshalb immer nach ihrer Ethik gefragt sei. Politik, die nur nach Umfrageergebnissen schiele und nicht auf einem ethischen Fundament gründe, sei in Krisenzeiten nicht in der Lage, die langfristig notwendigen Entscheidungen zu treffen. Der hessische EAK biete mit seinen Frankfurter Disputationen ein erstklassiges Forum, um unterschiedliche Meinungen zu klären und in einen Dialog miteinander zu bringen.

### ■ „In Würde sterben“

**Heidelberg:** Zum obigen Thema konnte **Frau Dr. Neubauer** für den EAK-Heidelberg in Kooperation mit der Senioren Union **Schwester Lioba** vom **Hospiz Louise** und **Frau Schäfer** von der **ambulanten Hospizhilfe des Diakonischen Werkes** zu einer Veranstaltung im Wohnstift Augustinum begrüßen, die zu der durch die jüngste niederländische Sterbehilfeproblematik wieder verstärkt in die öffentliche Wahrnehmung gerückten Problematik referierten. Schwester Lioba schilderte zunächst die ganz im Zeichen der Nächstenliebe stehenden frühchristlichen Wurzeln der Hospizbewegung, um diese dann in einen Kontrast zu dem heutigen Zeitgeist eines dynamisch-erfolgreichen Jugendkultes zu setzen. In einer solchen Welt seien Fragen des Alters und des Sterbens tabu. Diese ge-

sellschaftliche Haltung bereite älteren Menschen Sorge. Im Anschluss stellte Frau Schäfer die 1994 gegründete ambulante Hospizhilfe vor. 19 ehrenamtliche, besonders geschulte Helferinnen stünden zweimal wöchentlich bereit, um am Krankenbett mit alten Menschen zu sprechen, zu beten und Familienangehörige abzulösen.

Danach berichtete Schwester Lioba über das Hospiz Louise, das über fünf Betten verfügt, die Schwerstpflegefällen mit nur noch geringer Lebensdauer gewidmet sind. Die Problematik des Kostendrucks würde in den Pflegeheimen eine individuelle Betreuung der Bedürftigen zunehmend unmöglich machen. Palliativmedizinische Maßnahmen seien nicht mehr finanzierbar. Nach einer regen Diskussion spendeten die Veranstaltungsteilnehmer spontan 400,- DM, die hälftig auf das Hospiz und die ambulante Hospizhilfe aufgeteilt wurden.

### ■ Zuwanderung

**Schwerte:** **Günter Schneider**, der Vorsitzende des EAK Kreisverbandes Unna, konnte zum aktuellen Thema Zuwanderung den CDU Bundestagsabgeordneten **Peter Hintze** begrüßen. In seinem Vortrag führte Peter Hintze aus, dass Deutschland mit einem Ausländeranteil von 9% seiner Bevölkerung eine ethnisch plurale Gesellschaft sei. Die ausländischen Mitbürger würden unser Land bereichern. Trotz diverser Probleme im Zusammenleben von Deutschen und Ausländern, sei Deutschland ein weltoffenes

und insgesamt ausländerfreundliches Land.

Peter Hintze gab zu Bedenken, dass eine moderne Gestaltung der Zuwanderung nach Deutschland den spezifischen Problemen unserer demografischen Entwicklung Rechnung tragen müsse. Blie-

Hintze betonte, dass politisch Verfolgten auch weiterhin Asyl sowie Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlingen die Aufnahme gewährt werden solle.

Eine gelingende Zuwanderung setze eine erfolgreiche Integration voraus. Integration könne jedoch nur als ein



Foto: Detlev Schmitker, RN Schwerte

**Günter Schneider (EAK Kreis Unna), MdB Peter Hintze und Henning Aretz (EAK Bezirk Ruhrgebiet).**

be es bei der derzeitigen Bevölkerungsentwicklung, würde die Bevölkerungszahl von derzeit 82 Millionen auf 60 Millionen im Jahr 2040 und ca. 30 Millionen im Jahr 2099 sinken- mit gravierenden Folgen für die sozialen Sicherungssysteme. Die Zuwanderung allein würde aber nicht als Wundermittel für die Sozialkassen taugen. Dies würde die Grenzen unserer Aufnahmefähigkeit und -bereitschaft überfordern.

Eine künftige Zuwanderungspolitik, die in einem Zuwanderungsbegrenzungs- und Integrationsgesetz einheitlich geregelt werden sollte, müsse die folgenden Aufgaben erfüllen:

1. Wahrnehmung der humanitären Verpflichtungen Deutschlands
2. Steuerung der Zuwanderung unter Berücksichtigung der Aufnahmefähigkeit und -bereitschaft Deutschlands
3. Ausgestaltung der Zuwanderung nach Ausmaß und Profil der Zuwanderer, wobei die Integrationsziele erreicht werden müssen.

zweiseitiger Prozess und eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe begriffen werden.

Sie erfordere

- auf Seiten der Zuwanderer das Erlernen der deutschen Sprache sowie die aktive Akzeptanz unserer verfassungsmäßigen Ordnung und einer Werteordnung, die maßgeblich durch unsere christlich-abendländische Tradition, Humanismus und Aufklärung geprägt ist.
- auf Seiten des aufnehmenden Landes und seiner Bürger ein ausreichendes Ausmaß an Integrationschancen, Infrastrukturressourcen und Toleranz im Miteinander.

Nach Ansicht von Peter Hintze soll das zentrale Integrationsinstrument die flächendeckende Einführung von grundsätzlich verpflichtenden Integrationskursen sein, in denen nicht nur die deutsche Sprache, sondern auch die Grundlagen unserer Geschichte, Rechtsordnung und Kultur vermittelt werden sollen. Als Querschnittsaufgabe erfordere Integration darüber

hinaus vor allem besondere Bildungsangebote in den Schulen, die verstärkte Einstellung von ausländischen Mitbürgern in den öffentlichen Dienst, die Vermeidung von Verdichtungskernen in den Städten und den wirksamen Schutz vor ausländerfeindlicher Kriminalität.

## ■ Dialog zwischen Christen und Moslems

Der EAK des CSU Kreisverbandes Traunstein beschäftigte sich auf einer Vortragsveranstaltung mit dem Dialog zwischen Christen und dem Islam. Die EAK Kreisvorsitzende **Annelie Gromoll** konnte für den Vortrag **Dekan i.R. Klaus Zillich** gewinnen, der in den noch jungen Dialog einführte und aus seinen Erfahrungen im evangelischen Pfarramt für kirchl. Betreuungsdienste im Mittleren Osten berichten konnte. Erst nach dem zweiten Weltkrieg hätte der eigentliche Dialog zwischen den Religionen begonnen. Etwa im Jahr 1969 wurden Verlautbarungen erarbeitet, die einige Hauptpunkte der Dialogbereitschaft ausdrückten. Das Verständnis für die andere Religion bedeutet z. B.:

- dass man versucht, die andere Religion so zu sehen, wie diese sich selbst sieht,
- dass man von der Wahrheit Zeugnis ablegt, ohne den Respekt vor dem anderen und seiner Freiheit preiszugeben,
- dass jede Karikatur des anderen vermieden und zurückgewiesen wird,
- dass man Gespräche führt in der Erwartung vom anderen ob Juden, Christen oder Muslimen zu lernen.

Dekan Zillich machte darauf

aufmerksam, dass es im Dialog zwischen Christen und Muslimen schwierig sei, über Glaubensfragen zu diskutieren und auf einen gemeinsamen Nenner zu kommen. In ethischen Fragen, wie Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung sei ein Zusammengehen aber denkbar und möglich. Nach Prof. Hans Küng gelte die These: „Kein Weltfrieden ohne Religionsfriede, kein Religionsfriede ohne Religionsdialog“. So bleibe nur der Wille zum Dialog, um in gegenseitiger Anerkennung der Verschiedenheit friedlich miteinander zu leben.

Muslime würden betonen, dass im Wort Muslim und Islam das Wort Salam steckt und d. h. Friede.

## ■ Christliche Grundschule

**Böblingen:** Nicht nur eine Ergänzung, sondern einer Bereicherung für die Bildungsinstitutionen im Landkreis sei die 1999 in Böblingen gegründete **Freie Evangelische Schule**, sagte der **CDU-Landtagsabgeordnete Prof. Dr. Eugen Klunzinger**, der den EAK-Kreisvorstand bei einer Vor-Ort-Aktion in der Grundschule begleitete. Beindruckt zeigten sich der Abgeordnete und der EAK-Kreisvorsitzende **Dr. Norbert**



**Lurz** vor allem von dem Engagement von **Dieter Schmidt-Holzthüter**, dem Vorsitzenden des Trägervereins, den Lehrkräften und von der ehrenamtlichen Elternarbeit, die innerhalb von zwei Jahren einen gut funktionierenden Grundschulbetrieb mit etwa 40 Kindern aufgebaut haben. Man wolle sich nun gemeinsam um eine baldige Landesförderung nach dem Privatschulgesetz und um eine Verbesserung der Standortfrage einsetzen.

## ■ Für eine Politik in Verantwortung vor Gott und den Menschen

**Leonberg/Kreis Böblingen.** Für eine Politik in Verantwortung vor Gott und den Menschen, wie die Präambel des Grundgesetzes sie beschreibt, plädierte **Dr. Fritz Hähle**, CDU-Fraktionsvorsitzender im Sächsischen Landtag, während einer gemeinsamen Veranstaltung des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) Württemberg und Böblingen, sowie des evangelischen Synodalgesprächskreises „Lebendige Gemeinde“. Eine solche Politik würde eine längst notwendige Rückbesinnung auf die 10 Gebote nötig machen. Der Wertewandel habe die Gesellschaft verändert, bedauerte Hähle. Eine Rückbesinnung auf eine grundlegen-

de Ordnung des Zusammen-seins sei gerade im Hinblick auf die dramatische Entwicklung der aktuellen Weltlage unabdingbar. Die Fundamente des europäischen Abendlandes seien im Wesentlichen von den geistigen Grundlagen des Judentums, der Antike und vor allem des Christentums bestimmt. Diese kulturstiftende Kraft müsse auch die Politik wieder stärker in den Vordergrund rücken. Hähle, forderte deswegen die Pflege der christlichen Wurzeln in Gesellschaft und Partei. Für Politikerinnen und Politiker, die ihre Arbeit auf dieser Grundlage aufbauen, sei deshalb das wirkungsvolle Tun wichtiger als das lähmende Fordern bzw. die Pflege des eigenen Egos.

Das Politik und Religion nicht im Gegensatz zueinander stehen müssen beweist Dr. Fritz Hähle jeden Tag neu. Die von ihm geleiteten Sitzungen im sächsischen Landtag beginnt der CDU-Fraktionsvorsitzende stets mit der Losung der Herrnhuter Brüdergemeinde.

## ■ Begegnung des EAK Mansfelder Land mit dem EAK Niederrhein

**Krefeld:** Die EAK-Delegation aus Eisleben war zum ersten Gegenbesuch an den Niederrhein gekommen, um die geknüpften Beziehungen zwischen den Verbänden weiter zu intensivieren. Einer der Höhepunkte des Besuchsprogramms war die Diskussion zum Thema „Kirche und Politik“. **Georg Kögel** ging in seinen Ausführungen auf die allgemeine Situation der verschiedenen Kirchen in Sachsen-Anhalt und ihre positive Zusammenarbeit mit der Politik ein. Besondere Sorge bereite die häufig anzutreffende

öffentliche Darstellung als veraltete und nicht mehr ernst zu nehmende (zu belächelnde) Einrichtung.

Der Bundestagsabgeordnete und Ratsmitglied der Evangelischen Kirche in Deutschland, **Hermann Gröhe**, verwies auf die Notwendigkeit der Kirche, sich politischen Fragen zu stellen und sich hiermit auseinanderzusetzen. Spezielle Themen wie Religionsunterricht und LER sowie die Bio- und Gentechnologie seien derzeit in der Diskussion. Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung in Nordrhein-Westfalen, **Karl-Wolfgang Brandt**, führte die gemeinsamen Probleme in verschiedenen Punkten weiter aus, wobei er u.a. den Mitglieder- und Ansehenschwund, den Vertrauensverlust in Institutionen bei gleichzeitig größerer Erwartungshaltung und das Problem der Volkskirche als Minderheitenkirche ansprach.

Der Bundesgeschäftsführer des EAK, **Dr. Bernhard Felmborg**, verwies auf das Erfordernis, dass sich Christen in der Politik engagieren. Der Dialog zwischen Politik und Kirche müsse im Vorfeld von wichtigen politischen Entscheidungen stattfinden. Hierauf lege der EAK und die CDU/CSU bei gemeinsam berührenden Themenbereichen wie Zuwanderung, Familie, neue soziale Marktwirtschaft oder auch dem Dialog mit dem Islam besonderen Wert.



Der EAK-Bundesvorsitzende Jochen Borchert begrüßt Frau Dr. Merkel bei ihrem Rundgang durch die Messehalle am EAK-Stand

#### ■ 14. Parteitag der CDU in Dresden

**Dresden:** Angela Merkel rief zum Abschluss des Parteitages in Dresden die CDU auf, die rot-grüne Bundesregierung im Wahljahr 2002 mit Zuversicht und Kampfeswillen anzugreifen.

Der Parteitag habe gezeigt, dass die CDU wieder stolz auf sich selbst sei, sagte Merkel in ihrem Schlusswort des zweitägigen Treffens in Dresden. „Wir werden uns nicht mehr angiften lassen. Wir werden Attacken starten“, rief Merkel den 1.001 Delegierten zu. Das Streben der

Union sei jetzt „unabwendbar auf Sieg ausgerichtet“. Nach Überzeugung der Vorsitzenden war der Parteitag wichtig für die CDU und für Deutschland.

Die Partei habe die verschiedenen Gruppen zusammen geführt, Gemeinsamkeit gezeigt und das inhaltliche Rüstzeug für den Wahlkampf 2002 mitgegeben.

Am frühen Dienstagmorgen wurden die Gäste und Delegierten des Parteitags mit sächsischen Äpfeln für die

kommenden Aufgaben gestärkt. Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU verteilte unter dem Motto „Wer auf christliche Werte setzt, lässt sich nicht veräppeln“ diesen Vitaminstoss, um auf die christlichen Grundlagen für verantwortliche Politik aufmerksam zu machen.

Mit Unterstützung der Sächsischen Blütenkönigin und des Sächsischen Landesobstbauernverbandes wurde ein fröhlicher Start für die anstehenden Antragsberatungen gewährleistet.



### Unsere Autoren:

Eckart von Klaeden, MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Der Evangelische  
Militärbischof  
Dr. Hartmut Löwe  
Fritz-Erler-Str. 4  
53113 Bonn

Paul Breuer, MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Landtagspräsidentin  
Christine Lieberknecht, MdL  
Arnstädter Str. 73  
99096 Erfurt

Gerhard Arnold  
Helmut-Zimmerer-Str. 37  
97076 Würzburg

Renate Diemers, MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU · Herausgeber: Jochen Borchert, Dr. Ingo Friedrich, Gustav Isernhagen, Dr. Hans Geisler, Dieter Hackler, Christine Lieberknecht · Redaktion: Silke Adam, Dr. Bernhard Felmborg (V.i.S.d.P.), Klingelhöferstr. 8, 10785 Berlin, Tel.: (030) 22070-432, Fax: (030) 22070-436 · E-Mail: eak@cdu.de · www.evangelischer-arbeitskreis.de · Konto: EAK, Postbank Köln, (BLZ 37010050) 112100-500 oder Sparkasse Bonn (BLZ 38050000) 56267 · Druck: Union Betriebs-GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach · Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet – Belegexemplar erbeten · Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber · Papier: 100% chlorfrei  
**Adressänderungen bitte immer an die Redaktion!**

Union Betriebs-GmbH · Egermannstraße 2 · 53359 Rheinbach  
 PVSt · Deutsche Post AG · Entgelt bezahlt · A 05931

## Liebe Leserin, lieber Leser,

Vor einem Jahr suchte ich verzweifelt 500 Spender für die Evangelische Verantwortung. Die Existenz unserer Zeitschrift stand auf dem Spiel! Das erste Jahr der Unterstützungsaktion für die Evangelische Verantwortung ist nun vorüber. Die Evangelische Verantwortung kostet uns im Jahr 165.000 DM! Das ist viel Geld! Sie ist damit der höchste Einzelposten in unserem EAK-Etat.

Ich freue mich, dass Sie unsere Zeitschrift durch Ihre Zuwendungen so großzügig unterstützten. Insgesamt haben von den rund 12.000 Leserinnen und Lesern 629 gespendet. Dies ist auf die Gesamtzahl betrachtet sicherlich wenig, werden manche sagen. Das kann sein, aber was haben diese 629 Spenderinnen und Spender erreicht! Sie haben insgesamt 52.000 DM zusammengetragen. Dies ist fast 1/3 des Gesamtetats. Durch Ihr Tun erhalten Sie die „EV“! Haben Sie herzlichen Dank dafür!

Meine Hoffnung ist, dass wir diesen Erfolg im nächsten Jahr wiederholen und ausbauen können. Ob wir diesmal 750 oder gar (ich wage es kaum zu schreiben) 1000 Leserinnen und Leser für eine Unterstützung gewinnen können? Wir werden sehen!

Vielleicht lässt sich ja der eine oder die andere von unserem 50jährigen Jubiläum anregen. Wir wollen jedenfalls auch in Zukunft Politik in christlicher Verantwortung gestalten. Dazu brauchen wir Ihre Unterstützung! Dazu brauchen wir die Evangelische Verantwortung!

Mit freundlichem Gruß, Ihr



Dr. Bernhard Felmborg  
 (Bundesgeschäftsführer)

P.S.: Wir möchten Sie herzlich darum bitten, im Überweisungsträger unter dem Verwendungszweck ihre Adresse einzutragen, damit wir Ihnen auch ihre Zuwendungsbescheinigung zusenden können.

### Überweisungsauftrag/Zahlschein

Benutzen Sie bitte diesen Vordruck für die Überweisung des Betrages von Ihrem Konto oder zur Bareinzahlung. Den Vordruck bitte nicht beschädigen, knicken, bestempeln oder beschmutzen.

### Beleg für Kontoinhaber/Einzahler-Quittung

(Name und Sitz des beauftragten Kreditinstituts)

(Bankleitzahl)

Empfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen)

E v a n g e l i s c h e r   A r b e i t s k r e i s

Konto-Nr. des Empfängers

5 6 2 6 7

Bankleitzahl

3 8 0 5 0 0 0 0

bei (Kreditinstitut)

S p a r k a s s e   B o n n

\* Bis zur Einführung des Euro (= EUR) nur DM danach DM oder EUR

DM od. EUR\*

Betrag

Kunden-Referenznummer – noch Verwendungszweck, ggf. Name und Anschrift des Auftraggebers – (nur für Empfänger)

noch Verwendungszweck (insgesamt max. 2 Zeilen á 27 Stellen)

Kontoinhaber/Einzahler: Name (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

Konto-Nr. des Kontoinhabers

18

Konto-Nr. des Kontoinhabers

Empfänger

Konto-Nr.

Bankleitzahl

bei (Kreditinstitut)

DM od. EUR\*

Betrag

\*Bis zur Einführung des Euro (= EUR) nur DM, danach DM oder EUR

Datum und Unterschrift des Kreditinstituts